GLASUL MINORITĂȚILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG } IV. | MARTIE–APRILIE / MARS–AVRIL / MÄRZ–APRIL | NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER } 3–4

Die erste öffentliche Sitzung der Minderheiten-Sektion der Ungarischen Landespartei.

Im Sinne des § 16 der Statuten wurden von seiten der Ungarischen Landespartei, zum fachgemässen Studium der Lebensverhältnisse der politischen, nationalen Minderheiten, zur Bearbeitung der Ergebnisse desselben, im Interesse der Parteiziele, und zur Vorbereitung von Fachgutachten, verschiedene Sektionen aufgestellt, deren eine sich mit Minderheitsangelegenheiten im Allgemeinen, sowie mit juridischen und historischen Fragen befasst.

In der Vorstandssitzung vom 7. März 1925 wurde der Vizepräsident der Partei, Elemér Jakabffy mit der Leitung dieser Sektion betraut, die sich dann am 12. August desselben Jahres auch konstituierte. Die Sektion behandelte vorerst die ihr zugewiesenen Angelegenheiten in drei Sitzungen, bis der Vorstand es schliesslich für notwendig erachtete, im Sinne des Organisations-Statutes, eine öffentliche Sitzung einzuberufen, die am 12. Jänner im Lokale der Partei abgehalten wurde und zu der, ausser den Mitgliedern der Sektion, auch die politischen Redakteure der ungarischen Zeitungen in Kolozsvár und die Berichterstatter der Provinzblätter eingeladen wurden.

Nach erfolgter Begrüssung betonte der Präsident *Elemér Jakabffy*, dass die ungarische Volksminderheit – trotz der im In- und Auslande allgemein herrschenden Unruhe und unzähligen Übel – unabhängig von den damit verbundenen, traurigen Erscheinungen des öffentlichen Lebens, unentwegt

ihrem grossen Ziele: dem Fortschritte und der allgemeinen Anerkennung der Minoritäts-Idee, zustreben muss. Im Interesse dieses Zieles erschienen die Vertreter der ungarischen Minderheit auch in Genf, an der Konferenz der organisierten, nationalen Minoritäten, von deren Beschlüssen hauptsächlich zwei von ganz besonderer Bedeutung sind: der, in dem zum Ausdruck gebracht wird, dass jede organisierte Gruppe ausdrücklich auf dem souveränen Rechte eines jeden Individuums einer Minorität besteht, seine nationale Zugehörigkeit selbst zu bestimmen und deren Anerkennung von jeder Macht zn fordern; und der zweite, der festlegt, dass jeder organisierten Minorität das Recht auf eine eigene Kulturautonomie zusteht, für deren Ausbau Estland ein vorzügliches Beispiel bietet. In Estland war es besonders der Journalist Dr. Ewald Ammende, der den Gedanken der Kulturautonomie durch hingebungsvolle Arbeit zum Siege führte. Ihm und seiner unermüdlichen Arbeit ist es auch gelungen die Genfer Konferenz zu organisieren und ihren moralischen Erfolg zu sichern. Nun hat sich Ewald Ammende mit dem Ersuchen an den Präsidenten der Sektion gewendet, seine Ansicht darüber auszusprechen, was wohl zum Gegenstand der nächsten Konferenz zu wählen sei und welches jene Probleme wären, die, nach entsprechender Erörterung, im Interesse des Fortschrittes der allgemeinen Minoritäts-Idee, von jeder Regierung zu fordern sind.

Diese Anfrage Dr. Ammendes machte die Einberufung der öffentlichen Sitzung notwendig. Nachdem der Präsident noch erwähnte, dass die internationalen Minoritäten-Konferenzen sich mit speziellen, nur in einzelnen Staaten Interesse bietenden, Fragen nicht befassen kann, fordert er die Anwesenden auf, Ihre, das zukünftige Programm betreffende Ansicht zu äussern.

Bevor er jedoch um den Vortrag der verschiedenen Auffassungen bittet, sieht er sich gezwungen, die Aufmerksamkeit der Teilnehmer auf eine bedauerliche Äusserung zu lenken.

Wie bekannt, war es der brasilianische Gesandte Mello Franco, der in der, im September vorigen Jahres abgehaltenen Sitzung des Völkerbundes einen Rapport vortrug, der sich mit den von seiten Galvanauska's und Apponyi's gemachten Einsprüchen befasste.

In diesem Referate hielt Mello Franco, obwohl er die Wichtigkeit der Ausführungen des ungarischen Hauptdelegierten,

„sowohl wegen deren Gegenstand, als auch infolge der Autorität des, dieselben vortragenden, hervorragenden Staatsmannes" anerkannte, den, auf die Abänderung des Verfahrens mit den Petitionen der Minderheiten bezüglichen Vorschlägen *Apponyi's* einfach nur die bestehenden Vertragsbestimmungen entgegen. Hier machte aber der Rapport eine Bemerkung, die keinesfalls übergangen werden darf. Nach Apponyi's Vorschlag sollten vor dem Rate sozusagen kontradiktorische Verhandlungen, zwischen dem betreffenden Staate und der sich beklagenden Minorität, stattfinden. Ich glaube nicht – sagt hier der Rapport –, dass diese Auffassung verwirklicht werden könnte, *ohne das moralische Endziel zu gefährden, das sich das inaugurierte System, des Schutzes der Minderheiten durch Verträge gesetzt hat.* Denn es erscheint zweifellos, dass diejenigen, die dieses System geschaffen haben, *keinesfalls daran gedacht haben, im Verbande gewisser Staaten einen Block von Bewohnern zu schaffen, der sich stets als etwas anderes betrachtet, als die allgemeine Organisation der Nation. Sie wollten – im Gegenteil – für die Elemente dieser Massen ein Statut des Rechtschutzes schaffen, das geeignet sei, die Achtung vor der Unverletzbarkeit der Person zu sichern und* ***langsam die Bedingungen für das Platzgreifen der vollen nationalen Einheit vorzubereiten.***«

Da der Präsident das Gefühl hat, dass das Durchdringen dieser Auffassung die Existenz und die kulturelle Entwicklung der Minderheiten bedroht, stellt er die Frage, ob die Mitglieder der Sektion es für angebracht halten, gegenüber derselben Stellung zu nehmen.

Als erster sprach nun Domherr *Andreas Balázs* zur Sache. Er betrachtet den Standpunkt Mello Franco's, auf Grund folgenden Gedankenganges, als irrig: Die Minoritätenverträge beruhen auf dem, von Wilson proklamierten Recht, der freien Selbstbestimmung der Völker und gab diese Idee auch den Anstoss zum allgemeinen moralischen Niederlegen der Waffen. Die Wilson'schen Ideen bezogen sich in erster Linie auf die Minoritäten der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, müssen sich daher um so mehr auch auf die neuentstandenen nationalen Minderheiten beziehen, die unter dem speziellen Schutze der Friedensverträge stehen. Abgesehen hievon, ist jedoch die Auffassung Mello Franco's auch deshalb irrig, weil sie im direkten Widerspruch mit den Artikeln No. 9, 10 und 11 der Pariser

Convention stehen. Der Standpunkt Mello Franco's würde die Vernichtung des nationalen und kulturellen Lebens der Minoritäten bedeuten, womit dann auch die Auflassung der Traditionen bedingt wäre. Deshalb ist er der Ansicht, dass eine entsprechende Form zu finden wäre, in welcher die organisierten Minderheiten diese Auffassung in der, so gewichtigen Faktoren, wie Mello Franco gegenüber angebrachten, diplomatischen Art und Weise zurückweisen. Dieser Protest könnte vielleicht gelegentlich der nächsten internationalen Konferenz stattfinden, falls derselbe in die Tagesordnung aufgenommen würde.

Universitätsprofessor *Arthur Balogh* bezeichnet den Standpunkt Mello Franco's ebenfalls als grossen Irrtum. Das immerwährende Bestehen der Minderheitsrechte und deren unbedingt wirkungsvolle Sicherung ist für die individuelle Freiheit unerlässlich. Das Vorhandensein dieser Rechte steht im engsten Zusammenhange mit der Idee des modernen, demokratischen Staates und des Rechtsstaates im Allgemeinen.

Es ist vollkommen klar, dass ich keinerlei Gedanken- und Lehrfreiheit geniesse, wenn ich nicht das Recht habe, meine Gedanken in Wort und Schrift meiner Muttersprache auszudrücken, und wenn es mir versagt ist, in meiner Muttersprache zu lehren oder zu lernen. Sind mir nun diese und die sonstigen Freiheiten gerade mit Rücksicht darauf entzogen, dass ich einer nationalen Minderheit angehöre, so geniesse ich überhaupt keinerlei persönliche Freiheit, und existiert dann für mich auch die bürgerliche Gleichberechtigung nicht, was offenbar im Widerspruch mit den Prinzipien der modernen Demokratie stehen würde.

Die Auffassung, wonach diese Rechte nur Privilegien der Minderheiten darstellen, muss, da sie jeder Grundlage entbehrt, mit der grössten Entschiedenheit und Standhaftigkeit zurückgewiesen und bekämpft werden. Gerade das Gegenteil steht fest, denn eben das Vorhandensein und die Sicherheit dieser Rechte sind die unumgänglich notwendige Bedingung der persönlichen Freiheit und bürgerlichen Gleichberechtigung. Ausser den bei der Genfer Konferenz bereits angenommenen Beschlüssen, würde der Redner daher für notwendig halten, dass sich der nächste Kongress auch mit der Erörterung der Frage befasst, wie das materielle Recht der Minoritäten im formalen Rechte am vollkommensten zur Geltung gebracht und besonders, wie

das Minderheitsrecht der Beschwerdeführung vor dem Völkerbunde bestmöglich vervollkommnet werden kann.

Ein sehr wichtiger Gegenstand der nächsten Konferenz wäre ausserdem die Frage der Agrarreformen, denn es steht ausser Zweifel, dass die verschiedenen Agrargesetze in allen Staaten, in denen die Minderheiten im Allgemeinen Bedrängnis erleiden, die Vermehrung dieser Leiden herbeigeführt haben. Alle Regierungen, die ihren Minoritäten gegenüber nicht tatsächlich auf dem Standpunkte der bürgerlichen Gleichberechtigung stehen, fanden in der Agrarreform das erwünschte Mittel, die Mitglieder der nationalen Majoritäten auf Kosten der Minderheiten zu bevorzugen.

Eine dritte Frage, die der Beratung wert ist, wäre auch die der Autonomien, und zwar nicht nur die der kulturellen Autonomie, sondern auch die Frage der administrativen und territorialen Autonomien.

Auch Redakteur *Stephan Zágoni* missbilligt seinerseits den Standpunkt Mello Franco's, glaubt jedoch, dass es wenig nützen, ja vielleicht sogar schaden würde, wenn unsere Minoritäts-Blätter mit lauten Missfallskundgebungen gegen einen so hervorragenden Faktor des Völkerbundes, wie Mello Franco, demonstrieren würden. Jedenfalls wäre es weit zweckdienlicher, wenn ausländische Autoritäten und grosse Blätter gewonnen werden könnten, die diesem Standpunkte entgegentreten und im Allgemeinen die Vertreter derjenigen Gedanken würden, die im Herzen der ungarischen Minderheit reifen. Hiezu ist es jedoch notwendig, dass wir die verschiedenen Fragen vorerst selbst erörtern und selbst zu geklärten und stichhältigen Ansichten über die Minoritätsprobleme gelangen. Aus diesem Grunde schlägt er vor, die Minoritäten-Sektion möge Enquêten veranstalten, in denen die einzelnen Fragen beraten werden könnten, um den Vertretern für die nächste Konferenz, auf Grund der Debatten, entsprechende Direktiven zu erteilen, wobei diesen Vertretern zur besonderen Pflicht gemacht werden sollte, auf der Konferenz die allgemeinen Gesichtspunkte der in den westlichen Staaten eingebürgerten Denkweise in jeder Hinsicht zu berücksichtigen.

Als Gegenstand der ersten Enquête würde er die Behandlung folgender Frage vorschlagen: Wie soll die ungarische Minderheit die Wirksamkeit des Völkerbundes beurteilen?

Georg Boros betont ebenfalls, wie wichtig es sei,

die ausländischen, wissenschaftlichen Kreise, in entsprechender Form, über die theoretische Auffassung der ungarischen Minderheit Siebenbürgens zu informieren. Die von Arthur v. Balogh eben kurz angedeuteten Gesichtspunkte gelangen in dessen, unter dem Titel «Über die Rechte der Minderheiten und deren Schutz in Rumänien" erschienenen Studie, die in der *Revue de droit international* auch in französischer Sprache veröffentlicht wurde, in vollkommener Art zum Ausdruck, und wird der Redner trachten, diese Studie auch im „Headway", einem vornehmen Organe der englischen wissenschaftlichen Kreise erscheinen zu lassen.

Dr. Aurel Várady ist der Ansicht, dass auch die Frage der Staatsbürgerschaft der Konferenz vorzubringen sei, da auch diese als gemeinsame Angelegenheit der Minderheiten zu betrachten ist. Wie bekannt, hat jedermann im Sinne der Friedensverträge das Bürgerrecht jenes Staates erworben, dem sein Wohnort angegliedert wurde, und doch können verschiedene schwere Rechtsverletzungen bei der Frage der Anerkennung der Staatsbürgerschaften beobachtet werden.

Dr. Béla Fekete Nagy billigt den Vorschlag, die Agrarfragen in die Tagesordnung der nächsten Konferenz aufzunehmen.

Als Ergebnis des Studiums der einzelnen Agrargesetze ist er nämlich zu der Überzeugung gelangt, dass jedes derselben Abschnitte enthält, die im Widerspruche mit den, den Minderheiten zugesicherten Rechten stehen. Er glaubt jedoch, dass — ausser den, in den bisherigen Vorschlägen berührten Fragen — noch ein sehr wichtiger Gegenstand auf der nächsten Konferenz behandelt werden sollte. Der Kongress hätte nämlich einen Modus dafür zu finden, dass eine, den Nobelpreisen entsprechende, bedeutende Prämie für ein mächtiges, den ganzen Komplex der Minoritätenfrage wissenschaftlich behandelndes Werk ausgesetzt werden könnte, das die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die Tragweite dieses Problems lenken soll. Er ist davon überzeugt, dass die Organisationen der vierzig Millionen übersteigenden Minderheiten eine so mächtige Summe auftreiben könnten, die die hervorragendsten Geister der Welt veranlassen würde, um den Preis und den, damit verbundenen moralischen Ruhm zu erringen. Seinerseits erklärt er sich bereit, die notwendigen Mittel, falls der Kongress eine solche Konkurrenz ausschreibt und die hiezu erforderliche Summe auf die

einzelnen Gruppen verteilt, im Kreise der ungarischen Minorität Rumäniens aufzutreiben und glaubt sicher, dass ihm dies in der kürzesten Zeit gelingen würde.

Ludwig Kőmives Nagy hielte die Gründung einer soziologischen Gesellschaft der Minderheiten für notwendig, die sich bei uns ständig mit den grossen Problemen zu befassen hätte, die dann, durch den Kongress der organisierten Minderheiten, vor die Öffentlichkeit der gesamten Welt getragen würden. Das Organ für eine solche Gesellschaft ist in der Zeitschrift *Magyar Kisebbség* (Minorité Hongroise) bereits vorhanden.

Árpád Paál betont, im Zusammenhang mit der Aufnahme des Gedankens der Minderheitsautonomien in die Verhandlungen der nächsten Konferenz, dass hiebei von der Angelegenheit der, im Friedensvertrag bereits zugesicherten, Autonomie der Székler ausgegangen werden könnte.

Indem der Präsident *Elemér Jakabffy* hierauf für die gemachten Vorschläge bestens dankt, bemerkt er, dass er bezüglich derselben keinerlei Beschlussfassung beantragt und verspricht, sein Möglichstes zu tun, um den Zyklus der Enquêten, zu denen er alle, die sich mit den Minderheitsproblemen wissenschaftlich und fachmännisch befassen, einladen wird, baldigst beginnen zu lassen.

Les Droits des Minorités et la Défense de ces Droits en Roumanie.

Par M. le **Dr. Arthur de Balogh** (Cluj).

Situation juridique des minorités en Roumanie. – La Roumanie a assumé des obligations en faveur des minorités par le traité signé à Paris le 9 décembre 1919. Ce traité fut ratifié par la loi roumaine du 30 août 1920 (Monitorul Oficial, no 140, du 26 septembre). Le traité de Paris, relatif aux minorités, prévoit, pour l'exécution des dispositions qui y sont contenues, la garantie d'ordre constitutionnel d'une part et d'ordre international d'autre part. La garantie constitutionnelle consiste dans l'engagement, accepté par la Roumanie, de reconnaître comme

lois fondamentales les dispositions contenues aux articles de 2 à 8. Le terme „loi fondamentale" est employé dans le sens matériel, à savoir qu' „aucune loi, acun règlement ni aucune action officielle ne soient en contradiction ou en opposition avec ces stipulations et qu'aucune loi, aucun règlement, aucune action officielle ne prélavent contre elles" (Chap. 1, art. 1).

Il convient de souligner que les arlicles 2 à 8 précités ne prévoient, parmi les droits des minorités proprement dits, que l'usage libre de la langue dans les relations privées, le commerce, en matière de religion, de presse, ou de publications de toute nature et dans les réunions publiques (art. 8), ainsi que les facilités en ce qui concerne la langue à employer devant les tribunaux (loc. cit.). La garantie constitutionnelle ne s'étend donc pas à une remarquable partie des droits des minorités, tels que la création et l'entretien des écoles minoritaires (art. 9), l'établissement, par l'Etat, d'écoles de langue minoritaire, entretien par l'Etat de ces écoles et subventions aux écoles minoritaires (art. 10), autonomie des Székely et des Saxons de Transylvanie (art. 11). A l'encontre de cela, les traités avec la Tchécoslovaquie et avec l'Etat serbe-croate-slovène comprennent parmi les dispositions relatives aux minorités et devant être érigées en lois fondamentales le droit de fonder et d'entretenir des écoles de langue minoritaire (art. 8). Il n'y a pas de raison pour supposer qu'on ait voulu infliger aux minorités de Roumanie un sort plus dur qu'aux minorités des deux autres Etats ; l'écart dans le traité avec la Roumanie s'est produit certainement par mégarde. Le traité avec la Roumanie contient un article qu'on ne trouve pas dans les autres traités. C'est l'article 7 relatif aux Juifs. Comme tous les traités attribuent le caractère de loi fondamentale aux dispositions des articles 2 à 8, et que le traité avec la Roumanie inscrit le droit aux écoles à l'article 9, ce droit ne figure pas parmi les dispositions reconnues comme lois fondamentales.

Il est caractéristique pour l'inégalité des traitements sous ce rapport que les traités de paix étendent la garantie constitutionnelle à la totalité des droits de minorité (ainsi le traité avec la Hongrie, art. 54. le traité avec l'Autriche, art. 62.) D'après cela, tandis que la garantie constitutionnelle est seulement partielle, la garantie internationale est générale. Cette garantie internationale consiste à donner aux stipulations en question le

caractère d'obligation d'intérêt international; elles ne peuvent donc pas être modifiées d'une façon unilatérale mais seulement avec l'assentiment du Conseil de la Société des Nations (Rapport de M. Tittoni, adopté par le Conseil le 22 octobre 1920) et sont placées sous la garantie de la Société des Nations (art. 12 du traité).

L'Etat roumain n'a pris aucune mesure législative en dehors de la ratification du traité sur les minorités (loi du 30 août 1920, Monitorul Oficial No 140) pour assurer les droits qui y sont stipulés. On n'a pas pu les inscrire, de l'avis du parti libéral au pouvoir, car les minorités en retireraient des privilèges et en acquerraient des droits qui n'appartiennent pas aux ressortissants, roumains de naissance. Le président du conseil, M. Bratianu a soutenu que l'emploi des langues minoritaires devait être réglé non pas dans la constitution mais par la loi spéciale. Cependant, le règlement par loi spéciale se fait toujours attendre et comme on n'a pas saisi l'occasion qui y était particulièrement propice, nous entendons l'établissement de la nouvelle loi administrative, aucun doute ne peut subsister quant à l'intention. N'oublions pas que quant à la forme et au fond la loi constitutionnelle a plus de force que les lois ordinaires, notammet qu'elle est plus difficilement modifiable (art. 127 et 130 de la loi constitutionnelle) et par conséquent plus stable, et afin que l'article 103 de la nouvelle loi constitutionnelle autorise la Cour de cassation à établir l'inapplicabilité des lois contraires à la constitution on tâchait d'éviter l'insertion des droits des minorités, dans la constitution.

Il est inutile d'insister sur l'absurdité juridique que le gouvernement actuel ne reconnaîtrait pas le traité sur les minorités, puisque ce n'est pas lui qui l'a conclu. Les parties contractantes ne sont point les gouvernements éphémères mais les Etats. Le contraire pourrait être soutenu par la sophistique de parti, seulement bravant même le ridicule. Nous rencontrons, du reste, des vues peu favorables aux droits des minorités non seulement dans les facteurs politiques, mais aussi dans les écrits de personnes se réclamant de la science. Aussi M. Hacman, prof. à l'université da Cernovic trouve étrange qu'on a demandé des garanties pour les droits des minorités non seulement aux Etats vaincus mais aussi à la Roumanie, à la Tchécoslovaquie, etc. (Dreptul international, p. 107). Un autre

professeur d'université, M. Popovici déclare à propos de la pétition des femmes hongroises transmise à la Reine en faveur des écoles hongroises, qu'il faudra restreindre le droit de pétition pour qu'on ne vienne pas avec de pareilles vétilles ternir le symbole de la souveraineté nationale (Problema scoalelor minoritaire). Rien ne caractérise mieux la conception du gouvernement roumain que les paroles adressées par le ministre des finances à un homme politique de Transylvanie, au cours de la séance de la Chambre, le 14 février 1925 : „C'est la seule réponse que nous pouvons attendre d'un homme qui a signé le traité sur la protection des minorités".

En Roumanie les droits des minorités sont garantis par la loi. — Voici donc la situation en Roumanie : Lors de l'établissement de la nouvelle loi constitutionnelle, on a refusé d'inscrire dans la constitution les droits contenus dans le traité des minorités. Aucune loi ordinaire n'a été promulguée pour mettre en exécution les stipulations obligatoires contenues dans le traité, et on les a entièrement négligées chaque fois quo'n arrêtait le texte d'une loi. Cependant, d'après le droit public roumain, aussi, les conventions internationales ont force obligatoire et sont valables aussitôt après leur ratification par le pouvoir législatif, qui leur fait acquérir force de loi. (Loi constitutionnelle, art. 88, dernier alinéa ; Dissescu, Dreptul Constitutional, p. 786 ; Boila, Dreptul Const., p. 25). Or, la Roumanie a ratifié le traité de Paris ; celui-ci est donc devenu loi et, allant audelà de la simple déclaration que la Roumanie serait disposée à accorder certains droits, mais conférant des droits sous une forme positive, elle constitue partie intégrante du droit public intérieur du pays. (M. Boila considère, loc. cit. p. 23, le traité de Paris, ratifié, comme loi fondamentale, en raison de son caractère, ayant trait aux droits d'une partie des ressortissants de l'Etat, notamment des minorités).

En nous plaçant à ce point de vue, nous devons ranger les stipulations du traité signé à Paris en deux catégories. La première comprend les stipulations par lesquelles la Roumanie se reconnaît disposée à accorder certains droits, l'existence de ces droits étant subordonnée à des mesures législatives intérieures. L'individu est impuissant à forcer l'Etat à prendre ces mesures, à faire la loi correspondante : un tel acte serait en contradiction avec la nature du pouvoir législatif par excellence, sou-

verain. Seules, les parties contractantes ont la faculté de réclamer les lois garantissant les droits qui ont été reconnus dans le traité.

Il convient de faire rentrer dans la même catégorie la disposition de l'article 8 stipulant que „des facilités raisonnables seront données aux ressortissants roumains de langue autre que le roumain pour l'usage de leur langue soit oralement, soit par écrit devant les tribunaux". De même la disposition de l'article 10 disant que „le gouvernement roumain accordera dans les villes et districts où réside une proportion considérable de ressortissants roumains de langue autre que la langue roumaine, des facilités appropriécs pour assurer que dans les écoles primaires, l'instruction sera donnée, dans leur propre langue, aux enfants de ces ressortissants roumains". De même l'article 11 : „La Roumanie agrée d'accorder, sous le contrôle de l'Etat roumain, aux communautés des Székely et Saxons en Transnlvanie, l'autonomie locale, en ce qui concerne les questions religieuses et scolaires." Aucune des lois traduisant en acte les dispositions annoncées aux articles 8, 10 et 11, n'a été faite par l'Etat roumain jusqu'à ce jour. (Le contraire est illustré par l'exemple de la constitution tchécoslovaque dont l'article 3 définit nettement et organise l'autonomie des Ruthènes, au sud des Carpathes).

Les dispositions de cette nature, d'insuffisante valeur juridique, sont en parfaite opposition avec les stipulations du traité relatives aux minorités lesquelles, par le fait de la ratification qui les érige en lois, ont une importance et un effet direct, juridique, pour les individus, les citoyens. Nous répétons que cela résulte du fait que la Roumanie a signé le traité, car celui-ci n'a aucun effet direct juridique sur les individus, les citoyens. Pour l'individu, pour le citoyen, seule la loi peut être source de droits et d'obligations. Mais la loi peut avoir pour texte celui d'une convention internationale.

Parmi les stipulations du traité des minorités, qui appartiennent à la seconde catégorie, on peut compter, au titre de droits des minorités proprement dits, la disposition de l'article 8 prescivant : „il ne sera édicté aucune restriction contre le libre usage par tout ressortissant roumain d'une langue quelconque soit dans les relations privées, ou de commerce, soit en matière de religion, de presse ou de publications te toute nature, soit dans les réunions publiques." Il en est de même de l'article 9 stipulant que „les ressortissants rou-

mains appartenant à des minorités ethniques, de religion ou de langue auront un droit égal (à celui des autres ressortissants roumains) à créer, diriger et contrôler à leurs frais des institutions charitables, religieuses ou sociales, des écoles et autres établissements d'éducation avec le droit d'y faire librement usage de leur propre langue". Tous ces droits garantis par la loi, appartiennent aux personnes faisant partie des minorités de race, de langue et de religion, et ces personnes groupées en personnes morales, peuvent exercer ces droits, d'après ce qui a été dit au chapitre 4. Ainsi, par exemple, le droit de créer et d'entretenir des écoles, enseignant dans la langue voulue revient non seulement aux personnes et aux associations appartenant aux diverses minorités mais aussi aux organisations reconnues des Eglises.

La défense des minorités en Roumanie. — Le droit des minorités à faire usage librement de leur langue (art. 8 du traité) est, comme nous l'avons vu, protégé même vis-à-vis du pouvoir législatif. Aucune loi qui s'y opposerait ne saurait être valable (art. 1 er du traité).

Comme les dispositions du traité des minorités sont des lois et qu'elles constituent, par suite, une source de droit se rangeant après la loi constitutionnelle, il est évident que, pour protéger ces droits, on peut avoir recours aux moyens généraux de la protection des droits; et au cas où la voie judiciaire est ouverte pour la protection de ces droits, ceux-ci deviennent des véritables droits publics subjectifs, le droit subjectif étant un intérêt (privé ou public) légalement reconnu qu'on peut faire valoir moyennant la puissance de l'Etat par laquelle l'exercice du droit pourra être assuré de force. Il y a lieu aussi de prendre en considération la protection des lois pénales. Point n'est douteux, par exemple, que la protection pénale du libre exercice des cultes implique, sur le terrain religieux, le libre usage des langues minoritaires (art. 8 du traité de Paris).

En ce qui concerne les droits résultant des rapports administratifs, le moyen de protection le plus général consiste dans la justice administrative. Sous ce rapport, la situation est telle que les droits en question appartiennent sans nul doute, dans tout l'Etat roumain, aux personnes faisant partie des minorités (il s'agit des droits inscrits aux articles 8 et 9 du traité des minorités) et pourtant, au point de vue de la protection,

par justice administrative, de ces droits, une inégalité considérable subsiste entre les minorités habitant le territoire de l'ancien royaume et celles des territoires détachés de la Hongrie. En effet, les principes directeurs de la justice administrative sont fixés par l'article 107 de la loi constitutionnelle, mais l'article 135 de la mème loi stipule qu'en attendant la promulgation de la loi spéciale s'inspirant de ces principes, les anciens règlements, relatifs à l'organisation et à la procédure de la justice administrative, seront maintenus en vigueur. Ces réglements sont contenus dans la loi du 17 février 1912 qui confie la justice administrative à la 3me classe de la Cour de cassation et qui admet la réparation, par juridiction administrative, de toute injustice de nature administrative (en opposition avec la loi hongroise qui ne l'admet que dans des cas expressément énumérés).

Actuellement, la juridiction administrative de la Cour de cassation ne s'étend pas aux droits définis plus haut des minorités habitant les territoires détachés de la Hongrie. Sur ces territoires, la justice administrative fût réglementée pour la première fois depuis le changement de souveraineté par le décret No 4 du Conseil dirigeant (Consiliul Dirigent, Gazeta Oficială, No du 19 février 1919) et, en vertu de l'article 2 du décret, le tribunal administratif, organisé ad hoc à Sibiu (Nagy-Szeben), ne doit connaître que des affaires énumérées dans la loi hongroise XXVI de 1896 sur la justice administrative. Le décret-loi du 6 mai 1920 étend la compétence de la Cour de cassation à la Transylvanie et aux autres territoires détachés de la Hongrie et déclare que la Cour de cassation jugera les affaires des ces territoires d'après les lois et procédures qui y sont en vigueur. Or, la justice administrative hongroise avait adopté le principe de l'énumération et n'avait prévu le contentieux administratif que dans les cas des violations de droit énumérées une à une dans la loi. Parmi ces violations, celle des droits des minorités ne figure naturellement pas. Donc, juridiquement, les minorités habitant le territoire de l'ancien royaume peuvent faire appel à la compétence de la Cour de cassation lorsque les droits définis aux articles 8 et 9 du traité des minorités se trouvent violés; les minorités habitant les anciens territoires hongrois ne peuveut pas recourir à ce moyen de protection. Dans tout autre

litige, de nature non administrative aussi, les tribunaux de ces derniers territoires doivent naturellement tenir compte de la loi. Ainsi, ils devraient proclamer l'inapplicabilité des décrets contraires à la loi et de même, établir dans les procès civils et criminels l'illégalité éventuelle d'un acte administratif contraire à la loi.

La loi du 17 février 1912 parle en général d'actes administratifs en violation du droit (art. 15). Par „acte administratif", il faut entendre non seulement les actes des autorités inférieures mais encore ceux mêmes des Ministres voire du Roi, les Ministres et le Roi étant aussi des organes administratifs. De cette façon, le terme „acte administratif" embrasse les décrets, décisions et mesures de toutes les autorités administratives. (Voir Onisor, loc. cit., p. 8 et suiv., p. 175, 306 et suiv.)

Il va sans dire qu'un acte administratif, en violation du droit, peut être attaqué même au cas où il serait fondé sur un règlement contraire à la loi ratifiant le traité des minorités, ou constituerait l'exécution d'un tel règlement, puisqu'un règlement ne doit pas contredire une loi et les tribunaux n'appliqueront pas un règlement illégal. (Loi constitutionelle, art. 40, alinéa 2; Dissescu ; loc. cit., p. 665, 663, 794 ; Boila, loc. cit., p. 310 ; Onisor, loc. cit., 13). Un acte administratif en violation du droit peut résulter soit d'excès de pouvoir, soit d'incompétence, soit de violation d'une loi. La Cour de cassation établit l'illégalité de l'acte administratif attaqué et invite l'autorité administrative à annuler ou à modifier cet acte. Au cas où l'autorité administrative ne céderait pas à l'injonction dans un délai de 30 jours, la Cour de cassation peut, sur la demande du plaignant, obliger l'autorité à payer une indemnité minimum de 200 lei par jour.

A la question : qui est-ce qui peut exercer le recours, la réponse est simple. Tous ceux dont les droits ont été lésés. En vertu de la déclaration, rédigée sous une forme tout à fait générale, de l'art. 5 de la loi du 17 février 1912, les personnes morales comme les personnes physiques peuvent être lésées dans leurs droits. (Onisor, loc. cit., p. 177). Comme, d'après ce qui a été exposé au chapitre 4, les groupes composés de personnes appartenant aux minorités, et revêtus du caractère corporatif peuvent également être sujets des droits de minorité, ils ont la faculté de provoquer des décisions judiciaires.

Les minorités habitant les anciens territoires hongrois ne

jouissent pas, nous l'avons vu, de l'assistance de la justice administrative pour faire valoir leurs droits. A l'heure qu'il est, elles ne peuvent donc, (abstraction faite des cas où les tribunaux doivent tenir compte de la loi en question), que recourir à l'assistance de la Société des Nations. (Cette voie est d'ailleurs ouverte aussi aux minorités qui habitent le territoire de l'ancien royaume). Comme les circonstances actuelles rendent assez difficile le recours à cette assistance, il en résulte la situation absolument intenable, fausse et en opposition irréductible avec les caracteristiques d'un Etat constitutionnel, que ces minorités sont, pour ce qui regarde l'exercice des droits des minorités, complètement livrées au bon plaisir du gouvernement et de ses autorités inférieures.

Quand les droits sont-ils lésés ? — Il convient d'examiner de près quand il est légitime de parler de droits lésés. Aux termes de l'article 9 du traité relatif aux minorités, les ressortissants roumains qui appartiennent aux minorités de race, de langue et de religion ont un droit égal à celui des autres ressortissants roumains de „créer des institutions charitables, religieuses ou sociales, des écoles et autres institutions d'éducation". Les personnes faisant parties des minorités ont, sous ce rapport, les mêmes droits que le reste des citoyens roumains appartenant à la majorité. Par conséquent, si ces derniers ont la faculté de créer et d'entretenir des écoles soit comme simples particuliers soit groupés en associations civiles ou confessionnelles, la même faculté doit être reconnue aux personnes appartenant aux minorités. Si le droit de créer et d'entretenir des écoles, reconnu aux „autres ressortissants roumains" s'étend aux écoles de toutes espèces, le même droit doit avoir la même étendue quand il s'agit des personnes appartenant aux minorités.

Le „droit égal" comporte aussi la conséquence que les personnes appartenant aux minorités sont également tenues à satisfaire aux conditions prescrites pour la création et l'entretien des institutions charitables' etc. et des écoles. Ces conditions ne peuvent naturellement pas confisquer aux minorités leurs droits. Donc, si certains de ces conditions étaient posées avec l'intention de restreindre ou d'annuler les droits des personnes appartenant aux minorités, ce fait constituerait und violation des droits.

Il ressort de ce qui précéde que pour constater une viola-

tion de droit, on doit tenir compte de l'esprit et des intentions des règles édictées, les droits minoritaires ayant précisément le but essentiel d'exclure toute distinction au préjudice des personnes appartenant aux minorités.

En matière administrative, au point de vue de l'assistance judiciaire à donner aux droits des minorités, il existe une grande inégalité au préjudice des habitants de l'ancien royaume de Roumanie. Tandis que, sur le territoire de l'ancien royaume de Roumanie, ces droits bénéficient de la complète assistance judiciaire en matière administrative (art. 5 de la loi du 17 février 1912), sur les territoires autrefois hongrois, les habitants sont privé de cette assistance.

Cela est en contradiction absolue avec l'égalité de droit et l'idée de l'Etat constitutionnel. Qu'un Etat fasse une telle distinction entre citoyen et citoyen lorsqu'il s'agit des droits les plus importants et qu'il refuse l'assistance des tribunaux, précisément là où on en aurait le plus grand besoin, cela devient intenable à la longue.

Faire cesser au plus vite cette situation provisoire est éminemment dans l'intérêt et de l'Etat roumain et de ses minorités. La généralisation de l'assistance judiciaire en matière administrativa amènera la disparition de la criante inégalité de droit qui sépare les citoyens, habitant les deux territoires, dans l'exercice de leurs droits les plus importants. En outre, lorsque l'assistance judiciaire, concernant la majeure partie des droits reconnus par le traité des minorités, s'étendra à la totalité des citoyens, l'Etat ne trouvera plus devant lui cet autre moyen de défense juridique: les plaintes portées devant la Société des Nations, moyen qui rentre dans les droits des minorités mais que les gouvernements ont toujours regardé avec antipathie. Une fois que la défense judiciaire des droits des minorités sera générale, ce ne sera pas une juridiction étrangère mais un organe même de l'Etat qui établira si oui ou non il a été porté atteinte à ces droits; alors cet organe réparera les torts commis et assurera le règne de la loi, volonté souveraine de l'Etat, vis-à-vis même des organes exécutifs de l'Etat.

Inutile de dire que le changement aura une importance énorme au point de vue des minorités. Sans aucun doute, les droits minoritaires subsistent aussi aujourd'hui. La possibilité de faire valoir un droit est inséparable de la notion du droit, et

c'est justement cette possibilité qui manque aujourd'hui à ceux qui en auraient le plus pressant besoin. Pour eux, ces droits n'ont pas leur pleinevaleur. La généralisation de l'assistance judiciaire en matière administrative leur apporterait ce complément nécessaire. Et cela aura une importance décisive.

Ce jour-là la déclaration du préambule du traité de Paris relative aux minorités, suivant laquelle „la Roumanie a, de sa propre volonté, le désir de donner de sûres garanties de liberté et de justice aussi bien à tous les habitants de l'ancien royaume de Roumanie qu'à ceux des territoires nouvellement transférés", acquerra pleine valeur pour les minorités. Et alors on pourra invoquer avec plus de droit et avec une insistance mieux justifiée ce que nous entendons souvent aujourd'hui, savoir que la Roumanie compte au nombre des Etats constitutionnels, modernes, démocratiques, et chérissant les libertés publiques, ce qui est suffisamment contredit par le seul fait de laisser sans protection judiciaire deux millions et demi de citoyens dans l'exercice de leurs droits élémentaires.

Das politische Leben und die Kämpfe des Ungartums in SHS.

Von: **Josef Gáj.**

Von den ungarischen nationalen Minderheiten, welche den Nachfolgestaaten angeschlossen wurden, gestaltet sich das Schicksal der in Jugoslavien lebenden am traurigsten. Die Lage derselben erreicht im neuen Staate der Serben-Kroaten und Slovenen – weder politisch und kirchlich, noch bezüglich der Schule – nicht einmal jene Stufe, auf welcher sich das Ungartum Rumäniens und der Tschechoslovakei befindet. Die Ungarn in SHS. konnten, in Ablauf von sieben Jahren, noch bis heute nicht frei organisiert, in völliger Einheit, zur Wahrung ihrer menschlichen, minderheitlichen und staatsbürgerlichen Rechte auf den Kampfplatz der Landespolitik des südslavischen Staates treten. Noch bis heute konnte in ihnen nicht zum Bewusstsein

erwachen die unbedingte Notwendigkeit der Minderheitspolitik und die Schlussfolge jenes gewichtigen und opfermütigen Gedankens, dass sie, zur Minderheit degradiert, in fremder, ja feindlicher und noch dazu balkanischer Athmosphäre zu leben gezwungeu sind und ihr gottverliehenes Dasein, ihre nationale Kultur, ihren Karakter, dass heisst ihre ganze Zukunft hier für die kommende Geschichte sichern müssen. Die grossen ungarischen Massen leben – hinsichtlich der zielbewussten und erhabenen Politik der grossen Zukunft – noch in der Steinzeit der schreckvollen Letarghie oder des politischen Vegetierens. Bei der Intelligenz des Ungartums gab und gibt es den Willen zur klugen Erkenntnis der ungarischen Lage und auch zur Übersicht der südslavischen Politik, doch schwang sich die Gesamtheit des Ungartums noch immer nicht auf jene Höhe der aktiven und immer klugen Politik empor, wo sie in Betracht ihrer eigenen Gegenwart und ihrer tausendjährigen Nation stehen müsste und wo sie jeder Ungar des heute zerrissenen Karpatenlandes zu sehen so sehnlichst wünscht.

* * *

Diese Fesstellungen diktiert uns nicht die Kritik, sondern im Gegenteil die Liebe für unsere verwaisten allerschwächsten Brüder und unsere spezielle geschwisterliche Fürsorge für dieselben. Um die politische Lage des Ungartums in SHS. verstehen und wahrheitsgetreu würdigen zu können, müssen wir jene äusseren und inneren Ursachen erforschen, welche diese in jeder Hinsicht traurige, negative und erfolglose Lage hervorbrachten.

Das Ungartum des SHS. stand vorerst den balkanischen und absolut ungeschlachten grossserbischen oder panserbischen nationalen Aspirationen gegenüber. Es kannte diese grossserbischen Aspirationen weder in ihren Zielen, noch in ihren orientalischen Mitteln. Als sodann, nach Zusammenbruch der Fronten, der balkanische Panserbismus auf das Ungartum niederschlug und als dieses besonders am eigenen Körper die prepotente, jedwelchen europäischen Fühlens fremde balkanische Verwaltung des belgrader Panserbismus fühlen musste, fiel es gleich dem unerwartet niedergeschlagenen Kulturmenschen in die tiefste, keines Gedankens fähige Ohnmacht. Die panserbischen Aspirationen waren ihm vorher gänzlich unbekannt und jetzt musste es konsterniert die Stärke derselben kennen lernen.

Vor Trianon war die ungarische Intelligenz des Südlandes nicht im Klarem mit dem Wesen, dem Umfange und Inhalte der politischen Bestrebungen der Serben und überhaupt der Südslaven. Die staatlichen und noblen Exponenten der ungarischen Verwaltung, beobachteten zwar mit mehr oder weniger Glück und Können „die fanatischen serbischen Popen" und das duckmäuserische Betragen der, die Ujvidéker serbische Lehrerpräparandie absolvierten serbischen Lehrer, jedoch auf gänzlich missverstandener Basis, weil sie in diesen fantastische, allweltliche „Panslaven" zu erforschen suchten und nicht sahen, dass eine nahe Gefahr den Himmel des Südlandes verdunkle. Die serbischen Popen waren Panserben, die serbischen Lehrer aber die Streiter und Vorposten der Belgrader Narodna Obrana. Wie gering war die Zahl jener südländischen Ungarn, welche klar und deutlich sahen, was seitens der Balkaner Serben für die nächste Zukunft vorbereitet wurde! Und wenn auch diese wenigen ihre Stimme erhoben, ob vor der Behörde, oder in südungarischen Gesellschaftskreisen, ihre Worte verklangen hinter einem spöttischen oder herabsetzenden Lächeln, gleichsam als wollte man sagen: Armer Pessimist, er malt sich selbst Schauerbilder, um damit sich selbst zu schrecken und zugleich den Landesbekannten hellen, liederreichen Humor Südungarns zu trüben! Tausendjähriges Land, wirtschaftliche und geografische Einheit, balkanische Wildheit: dies waren jene beruhigenden Argumente, welche jeden, als nahe bezeichneten Schrecken über die serbische Gefahr verstummen liessen. Gegen den Panslavismus zu kämpfen war aber nicht der Mühe wert, es war dies keine Realpolitik. Gegen die legendenhaften Träumereien schwärmerischer Slavophilen, konnte doch das auf europäischen Kulturliberalismus basirende uralte Komitat nicht auftreten, ebenso nicht die hauptstädtisch-leichtlebige, lustige, südungarische Gesellschaft. Und wenn die südungarische Intelligenz sich so erhaben sicher fühlte in ihren geschichtlichen Rechten, in ihrer wirtschaftlichen Einheit, ihrer geographischen Dogmatik und in der Unterschätzung der rohen, verschwörerischen Kräfte des Balkans, was konnte man dann von der Gesamtheit des südungarischen Ungartums erwarten? Ardebat proximus Ukalegon und diejenigen, welche die zum emporschlagen bereiten Flammen zu allererst zu verchlingen drohten, sahen noch nicht einmal den Rauch.

Wenn wir aber anderseits darnach forschen, weshalb das

Ungartum des Südens die sich organisierende, nahende serbische Gefahr nicht sah und auch nicht sehen konnte, so müssen wir die Ursache dessen in dem traurigen Umstande verzeichnen, dass die südungarischen Kreise die serbische Sprache nicht erlernten und auch nicht erlernen wollten. Und es ist doch klar, dass infolgedessen alle Schutzmassregeln gegen jedwelche Aspirationen unmöglich sind. Das Ungartum kannte den weitausgebreiteten, entschlossenen und lebenskräftigen serbischen Nationalismus nicht, welcher sich vor ihm entfaltete und welchem es den Prozess machen sollte, während dem sich auf dem Tschaikistengebiete kaum ein serbisches Haus befand, in dessen Gaststube nicht das Heldenbild des serbischen Caren Dusan zu sehen gewesen wäre, gleichsam auch dem ungeschultesten serbischen Granicsaren (Grenzer) die geschichtliche Rechtfertigung der Vereinigung aller Serben verkündend.

Unter solchen Umständen betraf die politische Gedankenwelt des serbischen Imperiums das südliche Ungartum gänzlich unvorbereitet. Von dieser verstanden die dort verbliebene ungarische Intelligenz wie auch die ungarischen Massen teils garnichts oder bloss äusserst wenig. Die Folge dieses alten Fehlers war sodann, dass nach dem traurigen Imperiumwechsel Jahre vergiengen, bis wenigstens die ungarische Intelligenz die Balkan-Ziele erstrebende Politik und die diesbezügliche byzantinische Methodik der Serben erkannte. Dass diese „ignorantia facti", der Minderheitspolitik des SHS. nicht zum Nutzen gereichte, braucht wohl nicht besonders erörtert zu werden.

Geradezu konsternierend ist aber, dass das, im Staate SHS. eingeschlossene Ungartum noch heute, nicht jenen unduldsamen, in seinen Mitteln wenig gewissenhaften Panserbismus klar sieht, welcher das Niedertreten des Ungartums erzielt, nicht bloss aus altherkömmlicher Animosität seiner balkanischen Mentalität, sondern aus seinem allertiefsten Wesen logisch und historisch darauf hinstrebend, die „eingewanderten" Ungarn zu zerschmettern, umzuformen und zu vertreiben. Eben deshalb müssen wir trachten, mit dieser geschichtlichen Ursache, dem historischen Panserbismus bekannt zu werden, welcher ein regelrechter Ausrottungskrieg war gegen den geschichtlichen Hungarismus in den Vorkriegs-Jahrzehnten, — damals unterirdisch, oder auf allgemeinerem Terrain der Litte-

ratur, – heute aber offen, mit der Macht des drastischen serbischen Imperiums.

Das Ungartum des Südlandes begriff die Gedanken und Ziele der am 29. Oktober 1918 in Ujvidék konstituierten Narodna Uprava nicht, ja viele erblickten in derselben bloss den serbischen Nationalrat mit derselben Freude, mit welcher sie die Konstituierung der ungarischen Nationalräte begrüssten. Sie waren erst dann erstaunt, als die Narodna Uprava erklärte das Imperium über die „Vojvodina" zu übernehmen, welche ein uraltes serbisches Gebiet sei; sie waren erst dann bestürzt, als die Serben in Ujvidék den Anschluss an Serbien proklamierten und bei glänzenden nationalen Festen darüber jubelten, dass nun der tausendjährige Prozess um die „Vojvodina" zwischen den Serben und Ungarn sein Ende erreichte. Und doch war die Struktur und sämtliche Ziele der Narodna Uprava schon längst umschrieben in dem serbischen Nationalismus der „Vojvodina", in politische Dogmen verdichtet in der Verfassung der „Schwarzen Hand", von welcher das Ungartum des Südlandes sehr wenig wusste. Dieser ungarische politische Analfabetismus ist jedenfalls auch auf die Rechnung der österreichischen Diplomatie zu schreiben, weil diese die Fachwissenschaft der Diplomatie und Politik des Balkans für sich in Beschlag nahm, sich jedoch für die Angelegenheiten, Aspirationen und Pretensionen des Balkans bloss vom Gesichtspunkte der „Gesamtmonarchie" interessierte. Doch deshalb kann auch das Gesamtungartum nicht von der Anklage freigesprochen werden, sich nicht mit jener Intensität mit den politischen und kulturellen Bewegungen der Serben beschäftigt zu haben, welche eben die ungarische Zukunft erfordert hätte. Wir illustrieren die historische Form, das Wesen, die Ziele und Mittel des Panserbismus, um zu sehen, mit welcher Kraft, mit welchem Inhalte und welchen Mitteln jener Panserbismus arbeitet, im ungleichen Kampfe mit dem Ungartum in SHS.

Das nationale Bewusstsein des Slaventums erweckte zweifellos die Zarin Katharina II. Ihr Ideal war die Vereinigung aller Slaven im Zeichen des pravoslaven Doppelkreuzes mit dem Sitze in Konstantinopel. Dieses durch Katharina erweckte panslavische Ideal war jedoch in erster Linie politischen Karakters, dessen zum weiten Ziele führendes Mittel die Kraft und das speziell slavische Kartenmischen der russischen Diplomatie war. Doch

dieser politischen Skizze des panslavischen Ideals war die russische nationale, Literatur bemüht einen lebendigen nationalen Inhalt zu verleihen. Diese romantische Arbeit vollführten die sogenannten russischen Slavophilen, Aksakov und Konsorten, jedoch bloss den blutverwandten Nationalismus des Slaventums betonend und entfachend. Solojev erweiterte schon den panslavischen Nationalismus mit religiössittlichem Inhalt, während Dostojewsky und dessen Anhänger das panslavische Ideal auf die höchste Stufe sintetisierten: sie anerkannten die Blutverwandtschaft sowie die religiössittliche Basis, ergänzten jedoch dieselben mit dem mehr umfassenden und allgemeineren Karakteristikon der slavischen Kulturberufenheit.

Die immer planmässige Wirksamkeit der russisch-zarischen Diplomatie und die allgemeine Verbreitung der russischen Literatur seit Herder, besonders aber die agile und zielbewusste slavische Propaganda der Tschechen erreichte es schliesslich, dass die durch Russland verbreiteten slavischen Ideen in allen, von Slaven bewohnten Gebieten einen fruchtbaren Boden fanden. So durchdrang der Slavismus von Grund aus auch die slavischen Stämme des Balkans. Die selbstbewusstesten Balkanslaven wurden die Serben. Doch ist es selbstverständlich, dass die Serben aus der russischen Gedankenwelt bloss den Slavismus annahmen und hiebei den separaten Serbismus nicht aufgaben. Im Gegenteil, die Belgrader Historiker, mit dem Bischof Nikefor Ruzsicsics an der Spitze, rechtfertigen es mit unglaublich legendenhaften historischem Romantizismus, dass sie, die Serben die Stammesahnen aller, heute in der Welt lebenden Slaven seien, dass es daher ihre hauptsächlichste geschichtliche Mission sei, jene geraubten Gebiete zu befreien, auf welchen Serben unter ungarischem, türkischem und österreichischem Imperium leben. Ihrer Meinung nach reicht daher der serbisch-nationale Prozess in das VI. Jahrhundert v. Chr. zurück. Wann diese „grossartige geschichtliche Konzeption" im politischen Leben der Serben das Gebiet der realen Durchführung betrat, darüber gibt der 29-te Mai 1903 Aufschluss. Dies ist der Tag, an welchem eine Offiziersverschwörung unter Führung des Hauptmannes Dragutin Dimitrijewich-Apis und des Majoren Kristics den König Alexander Obrenovics und die Königin Draga Masin ermordeten. Die Motivierung, dass man König Alexander darum ermordete, weil seine Gattin die Witwe eines Arztes war, gehört in das Reich der Märchen und durchsichtigen Ausflüchte.

Die wirkliche Ursache der Ermordung des letzten Obrenovics war seine austrophile Politik und sein Vertrag mit Franz Josef, was natürlich geradeaus im Gegensatze stand mit den Bestrebungen jener Politik, welche den aufspriessenden Panserbismus bedeutete und welche sich die Vereinigung aller Serben und Kroaten als nationale Pflicht zum Ziel setzte. Die Thronerhebung der durch die Russen unterstützten Dinastie Karagyorgyevics signalisierte den ersten siegreichen Schritt des expansiven Hervorbrechens der panserbischen Politik. Dimitrijevics aber, der franzosenhaft gebildete balkanische, fanatische und robust verwegene serbische Offizier, nachdem er so mit dem, durch den Königsmord vollzogenen Staatsstreich im inneren Leben Serbiens jede Möglichkeiten einer, mit dem Westen Verbindung suchenden serbischen Politik im Blute erstickte, – griff sodann zur Befreiung der unter der Oberherrschaft des „Kranken Mannes am Bosporus" lebenden serbischen Brüder. Er organisierte die Komitatschi-Banden, stellte an deren Spitze den Major Vaja Tankosics und inscenierte fortwährende Einbrüche in das türkische Macedonien. Diese Angriffe setzte er solange fort, bis er den balkanischen „kristlichen Krieg» herausforderte und um den Preis des Sieges bei Kumanovo die südlichen Serben befreite. Nach der Vollendung der südlichen Mission, nahm er durch die im Jahre 1911 inslebengerufene geheime Organisation, »Vereinigung oder Tod" mit unermesslicher Ambition die Befreiung der im Gebiete der Monarchie lebenden Serben, Kroaten und Slovenen in Angriff. Die fünfer Gruppen der „schwarzen Hand" breitete er auf Bosnien, die Hercegovina, Dalmatien, Kroatien und die „Vojvodina" d. h. Südungarn aus. Hier schloss er, durch einen Heidenschwur die „fanatischen Popen", die serbischen Lehrer und die, im ungarischen Parlamente grosssprechenden Abgeordneten der serbisch-kroatischen Koalition zusammen. Er trieb die, am Gebiete der Monarchie lebende südslavische Hoch- und Mittelschuljugend in Wien, Prag, Zagrab, Sarajevó und Ujvidék unter eine Idee, einen Gedanken: Vereinigen oder sterben. Die äussere Umhüllung der Vereinigungen war die Entwickelung der slavischen Kultur, das innere Wesen derselben jedoch war: arbeiten am Werke der Befreiung durch den Terror von Attentaten. Diese Wirksamkeit führte zum Morde in Sarajevo und zur Herausforderung des Weltkrieges.

Wer nahm diesen Zusammenhang wahr im Südlande?

Vielleicht allein „die Spezialisten der slavischen Frage.“ Diese Politik und die mit schrecklichen Mitteln arbeitende Aktivität des Panserbismus kannte Pasics und seine ganze radikale Partei sehr gut. Er nahm dieselbe auch mehrmals in Anspruch, obzwar er die stetig wachsende Autorität derselben fürchtete.

Als daher in das freiwillig und sündhaft im Stiche gelassene Südungarn das serbische Imperium seinen Einzug hielt, zog dort der alte Panserbismus ein, mit seiner „historischen Ideenwelt“, mit seiner Politik und politischen Methodik.

Dies ist die eine *äussere Ursache*, welche bisher das Aneinanderschliessen des Ungartums in SHS. verhinderte und die reine politische Orientation desselben unmöglich machte. Das Ungartum fühlte es zwar mit seinem angeborenen Instinkt, dass es die, diesen Allserbismus vertretende radikale Partei fürchten müsse, weil es jedoch mit der geschichtlichen, inhaltlichen Vollständigkeit derselben und jener Entschlossenheit, das Ungartum zu erwürgen, nicht im Reinen war, besass es nicht die Fähigkeit, die Richtung und die Taktik seiner Defensivpolitik bis in die kleinsten Details auszuwählen.

Dem echten Balkan mit europäischer Mentalität gegenüberzustehen ist jederzeit eine schwere Sache, doch ist dies dann am schwersten, wenn dieser Balkan noch dazu mit zielbewussten, umsichtsvollen, nationalen Fanatismus durchtränkt ist. Demselben wie immer gegenüber zu stehen ist: ein Martyrium.

(Fortsetzung folgt.)

Spargerea frontului dela București.

De: **Dr. Nicolae Meskó.** (Deva.)

Nu există în lumea materială o putere, care să poată emula cu capacitatea de rezistență și de pătrundere a puterilor morale. Și între puterile morale adevărul e, care e regele tuturor puterilor, căci e mai mult decât putere, e generatoarea și finalitatea a toate. Ea însaș e — însaș dumnezeirea.

Rătăcind prin labirintul vieții noastre minoritare, emoționați și uimiți, plini de nădejdi noui, aproape periodic îi vedem făclia aprinzându-se.

Timp de peste un deceniu, în cei patru ani ai războiului mondial şi în anii următori, ai păcii de sancţiune pentru vitejie şi credinţă, de sub stânca răsturnată asupra noastră în sălile imperiale franceze, desnădăjduiţi am ascultat, cum se aşează deasupra mormântului nostru movila calomniilor, cari inficiază sufletul omenimii. Cei răi şi mici la credinţă au putut să creadă, că din groapa, în care am fost aruncaţi şi din noroiul, care s'a aruncat asupra onoarei noastre naţionale, învierea nu e cu putinţă.

Nici nu ar fi fost cu putinţă, dacă ar fi fost adevărat puhoiul de acuze. Dar a fost minciună, cu boala mortală înăscută minciunei, şi orice pas şi orice clipă, ce trece, ne aduce mai aproape de ziua, în care vom ajunge înaintea tribunalului inapelabil al istoriei, menit a aduce judecată asupra crimelor şi onoarei popoarelor şi naţiunilor.

*

În una din cele mai de frunte corporaţiuni ale României, în baroul avocaţial de Ilfov—Bucureşti, a erupt de data aceasta, dreptatea maghiară cu putere elementară. Fără cel mai îndepărtat concurs al maghiarilor, absolut peste intenţiunea ilustrei corporaţiuni, întrând cu putere autogenetică în conştiinţa românilor seduşi.

Baroul avocaţial de Ilfov la 1 Dec. anul trecut, la a şaptea aniversare a creiării relicviilor istorice, a aducerii hotărârilor dela Alba-Iulia, aşezate cu grijă în arsenalul diplomatic, a ţinut sărbătoare. A sărbătorit pe proclamatorul valabilităţii pe vecie a acestor hotărîri, pe preşedintele adunării dela Alba-Iulia, d-l Dr. Ştefan Cicio Pop din incidentul cererii acestui vrednic coleg ardelean de a fi admis între membrii activi ai baroului de Ilfov.

D-l Dr. Cicio Pop merită, ca românii să-l sărbătorească. La această serbare meritată însă oratorii festivi — fără să fie voit — au ţinut lecţii înaintea alor peste douăsute de intelectuali, despre ţinuta istorică a maghiarilor, a naţiunii maghiare, din trecut, faţă de minorităţile sale, de pe vremea, când principii wilsoniane încă nu existau, tratate minoritare nu se încheiaseră şi marile puteri, forfecând hărţile, nu obligaseră statele la tratamentul uman al minorităţilor primite în cinste.

Cum ne-am purtat noi, când noi eram elementul susţinător de stat în Ardeal! Despre aceasta au vorbit oratorii festivi:

D-l *Constantin L. Naumescu*, vicepreşedintele „Uniunii advocaţilor din România", primul orator, a sărbătorit pe eroul zilei,

care pe vremea maghiară, «*deja pe băncile şcoalei era conducătorul studenţilor, cari luptau pentru păstrarea neştirbită a limbii, culturii şi naţionalităţii române.*»

„Ca avocat la Arad, mii îl binecuvântă, *pentrucă a reuşit să salveze drepturile comunelor române la pădurile lor, faţă de mastertle legi maghiare.*»

Într'atâta l-a iubit poporul român, încât „cu mare majoritate l-au ales deputat *faţă de candidatul guvernului maghiar.* Au făcut-o aceasta ţăranii români prin *votare pe faţă*, conştienţi de importanţa voturilor lor, *spunând în faţa preşedintelui maghiar al alegerii: votez pe baciul Ştefan!* Şi până la unire, fără interval *de patru ori a fost ales în circumscripţia lui de deputat.*»

La 1917, când românii din Ardeal au făcut declaraţie de fidelitate Coroanei sfântului Ştefan, „d-l Cicio Pop protestând împotriva acestor batjocuritoare însinuări, de tradare a patriei şi naţiunii, din partea Românilor, *a declarat în parlamentul maghiar dela Budapesta, că poporul român se va simţi bine numai atunci, dacă îşi va obţine libertatea deplină în marginile graniţelor firesti ale naţiunii române.*»

La 2 Nov. 1918, cu mult *înainte de luarea în primire a stăpânirii de către Români,* «*el a convocat, a organizat, a prezidiat* sfatul, ca şi adunarea dela Alba-Iulia, la care adunare naţională trenurile statului maghiar au dus gratis poporul român şi în care s'a hotărât, că Ardealul se rupe de Ungaria.

Din gura eminentului codificator, d-l *V. Ţoncescu* au auzit apoi sutele de avocaţi români că

la 1896, în deceniul de sărbătoare al gloriei naţionale în Ungaria milenară, „la Oradea d-l Cicio Pop apără pe un dascăl român, care a adresat cuvinte insultătoare unui demnitar maghiar. *Tribunalul maghiar l-a achitat pe dascălul român, deşi cuvintele insultătoare de fapt s'au pronunţat.*»

La congresul interparlamentar dela Brüssel Dionisie Pázmándy învită la Budapesta pe parlamentarii lumii la congresul următor. Şi d-l Cicio Pop, membru al parlamentului maghiar, face propunerea, ca membrii congresului să vină şi la Seghedin, să vadă „pe reprezentanţii poporului român, cari au fost întemniţaţi, pentrucă au cutezat să-şi apere naţiunea. Urmarea a fost — adaogă d-l Toncescu — că nu la Budapesta s'a ţinut congresul următor.

D-l Dem. Dobrescu, preşedintele Uniunii avocaţilor,

sărbătorește pe d-l Ciclo Pop, ca pe leul tuturor naționalităților din Ungaria, ca pe campionul profesiunii de credință a ideei naționale universale, care „la Aradul maghiar apărându-și iubiții săi țărani români într'un proces politic nedemn, a reportat un mare succes avocațial. *Colegii maghiari încântați de succesul colegului lor român, au dat un banchet în onoarea avoeatului român pentru marele lui succes național și profesional.*»

*

Am reprodus numai din vorbirile oratorilor celor mai de frunte, ca să ne putem da seamă de constatările istorice de mare importanță ale sărbătoarei avocaților dela București.

Peste două sute de membrii ai baroului dela București, a uneia dintre cele mai de frunte corporațiuni a României, au aflat, întărite prin depoziția martorului principal prezent, că cum era poporul maghiar, când el era încă națiunea dominantă a Ardealului, când nu era încă Liga Națiunilor, tratat minoritar internațional și statele la nimic nu au fost obligate prin convențiuni internaționale. Atunci

elevul român deja pe băncile școalei lupta pentru dreptatea națiunii sale. Atunci

avocatul român, în ciuda legilor maghiare, era în stare să salveze pădurile țăranilor români pentru fii națiunii române minoritare.

Guvernul maghiar a suferit, ca alegătorii români patru sesiuni parlamentare dearândul, prin votare pe față, să-și aleagă pe candidatul opoziționist român, față de candidatul guvernului maghiar.

Pe vremea războiului, în ceasurile fatale ale luptei pe viață și moarte ale națiunii, guvernul și parlamentul maghiar au trecut cu vederea, că un deputat român, dela tribuna parlamentului maghiar, să propage desființarea iredentistă a frontierelor țării.

Tribunalul special maghiar a achitat pe dascălul vinovat, despre care s'a dovedit, că a insultat pe un demnitar maghiar.

La congres internațional, față de un act de curtenie a colegului deputat maghiar, a unui Pázmándy Dénes, atacul grav al deputatului român față de maghiari — cauzând mare pagubă prestigiului țării — rămâne fără orice urmări pentru deputatul român.

Și avocații maghiari sub stăpânirea maghiară, într'un oraș maghiar, au putut sărbători și au sărbătorit prin banchet pe colegul român, care a avut succes într'un proces politic român.

*

E înălțător și numai a citi decurgerea serbării strălucite, ce i-a făcut, primul barou al țării, avocatului crescut și format de către școala maghiară.

Din toastele înflăcărate, din admirabilele cuvântări ale eminenților juriști și codificători, citim manifestarea dragostei și mândriei de neam.

Dar peste toate ovațiunile furtunoase pătrunde o voce puternică, din toată sărbarea reiese, orice însămnătate o întrece și dintre toate se înalță mărturisirea involuntară a tuturor oratorilor:

În toate manifestațiile vieții naționale a poporului maghiar rupt în atâtea părți, — dela băncile școalei, peste scaunul judecătoresc și bara avocațială, până în sus la reprezentanța națională și internațională, — peste toate — până la războiul ucigător, cu viforul sângelui, dela zenitul gloriei naționale până la sunarea clopotului macabru al debaclului național —

era mai înțelegător și mai iertător, mai cu considerare și mai uman față de națiunile sale, fără orice obligament, decât cum sunt guvernele statelor succesoare, pe lângă toate angajamentele și condițiunile.

Acest verdict, se spune tuturor, de data aceasta dela București, prin graiul personagiilor celor mai ilustre, celor mai independente, ale corpului avocațial român.

Die politischen Parteien der nationalen Minderheiten der Nachfolgestaaten.

Dr. Fritz Stricker (Münster i. W.) publiziert in seinen Heften fortsetzungsweise die Daten, welche sich auf die politischen Parteien der einzelnen Staaten der Welt beziehen.

In der Regensburg'schen Buchhadlung Münster i. W. sind von obigen Heften soeben die Nummern 12—18 erschienen, welche die Daten Hollands, Frankreichs, Italiens, Jugoslaviens, der Tschechoslovakei, Rumäniens und Russlands enthalten.

Für uns besitzen besonders die auf die Nachfolgestaaten

bezugnehmenden ausserordentlichen Wert, am vorzüglichsten das von den Verfassern gegebene Bild der National-Minderheits-Parteien.

Den Jugoslavien betreffenden Teil schrieb Dr. K. Friedrichs, den die Tschechoslowakei betreffenden Dr. E. Sagnich, den Rumänien betreffenden Dr. K. Braunias.

Die Parteiverhältnisse in Jugoslavien.

Die politische Betätigung wurde den Deutschen bis zum Jahre 1923 unter dem nichtigen Vorwande unmöglich gemacht, dass sie nach den Friedensverträgen das Optionsrecht für Deutschösterreich hätten, weshalb ihr staatsbürgerliches Verhältnis zweifelhaft sei! Nach Ablauf der Optionsfrist schritten die Deutschen zur Gründung einer eigenen politischen Partei, die sich ebenso wie der schon früher ins Leben gerufene «Schwäbisch-deutsche" Kulturband loyal auf den Boden des Staates stellte. Auf dem Parteitage zu Hatzfeld am 17. Dezember 1922, wo die Parteigründung stattfand, wurde sogar der Beschluss gefasst, dass irgendeine irredentische Betätigung eines Parteimitgliedes dessen Ausschluss aus der Partei zur Folge habe. Das Programm der Partei der Deutschen fordert die Gewährung der nationalen Autonomie und alle Massnahmen, die zur Erhaltung des deutschen Volkstums erforderlich sind. Auf Grund dieses Programms wurden bei der Wahl am 18. März 1923 8 deutsche Abgeordnete ins Parlament entsandt, von denen 1 in Slowenien, die anderen in der Wojwodina gewählt wurden, bei der letzten Wahl gelang es den Deutschen jedoch, trotz vermehrter Beteiligung der Wähler infolge des ausgeübten Terrors nur 5 Abgeordnete durchzubringen. Es sind dies die Abgeordneten Dr. Stefan Kraft, Dr. Georg Grassl, Dr. Hans Moser, Senior S. Schumacher und Dr. Wilhelm Neuner.

Die serbischen Regierungskreise zeigten sich anfangs geneigt, den deutschen Forderungen entgegenzukommen, doch blieb es leider bei leeren Versprechungen. In der letzten Zeit ist jedoch die Belgrader Regierung von ihrer neutralen Haltung abgewichen und hat den Deutschen auf kulturellem Gebiete schwere Wunden zugefügt, denn es wurden ihnen alle deutschen Mittelschulen, die sie zu ihrer kulturellen Entwicklung dringend benötigen, mit einem Federstrich weggenommen! Sehr schwer empfinden die Deutschen die Behandlung in den staatlichen Ämtern, wo die Beamten über Weisung aus Belgrad sogar im

mündlichen Verkehr nur den Gebrauch der slawischen Sprache zulassen. Auch sind die Deutschen den Chikanen und Gewalttaten untergeordneter Amtsorgane schutzlos ausgesetzt. So werden die Bestimmungen über den Schutz der nationalen Minderheiten, die den neugebildeten Nationalstaaten von den Westmächten im Anschlusse an die Friedensverträge auferlegt wurden, den Deutschen gegenüber ebenso missachtet, wie die Gebote der Verfassung über die Gleichberechtigung aller Staatsbürger.

Um nichts günstiger als die Deutschen werden die Magyaren behandelt, die ebenso wie die Deutschen mit den anderen Volksstämmen gemischt die Wojwodina und Syrmien bewohnen. Beschuldigt man schon die Deutschen – mit Unrecht – pangermanischer Bestrebungen, so haben die Magyaren noch mehr unter dem Verdachte irredentischer Absichten zu leiden. Ihrer politischen Betätigung werden derartige Schwierigkeiten in den Weg gelegt, dass sie bisher, trotzdem sie eine halbe Million zählen, nicht in der Lage waren, auch nur einen eigenen Abgeordneten ins Parlament zu entsenden.

Am ärgsten ist der Terror gegen die Minderheiten in Südserbien, wo die dortigen Türken und Albanesen (mehr als 600.000) dem Drucke der Behörden und der von diesen geschützten faschistischen Elemente weichend, in immer grösserer Zahl ihr Hab un Gut verkaufen und zum Wanderstabe greifen.

Die Lage der Rumänen (rund 200.000) ist ebenfalls nicht rosig, allein sie finden immerhin einen gewissen Rückhalt an ihren Volksgenossen im angrenzenden rumänischen Königreiche, dessen Regierung mit der südslawischen im Bündnisverhältnisse steht. Selbst die Slowaken, die verstreut in der Wojwodina und Slawonien wohnen, sind mit ihrem Schulwesen nicht zufrieden, doch werden sie als Slawen immerhin weit besser behandelt, als die nichtslawischen Minderheiten.

Die Parteien der nationalen Minderheiten in der Tschechoslovakei.

Entsprechend der Verteilung der Minderheiten in der Tschechoslowakei gibt es hier vier Parteigruppen der Minderheiten: für die Magyaren, die Ruthenen, die Polen und endlich die Deutschen, die infolge ihrer Zahl und ihrer Bildung einen ganz besonderen Platz einnehmen und besonders zu behandeln sind.

Die Magyaren stehen in starker Opposition zum tschechi-

schen Staate; sie verlangen eine möglichst baldige Vereinigung mit ihrem Mutterlande und haben durch ihre Einstellung schon wiederholt den masslosen Zorn der Tschechen erweckt. Vor den letzten Wahlen gingen sie in ihrem Gebiete mit den Deutschen zusammen und bildeten magyarisch-deutsche Listen; nunmehr haben die Minderheiten strenger nach Nationaliäten gewählt. Die bedeutendste Vertretung der Magyaren ist die „Magyarisch-christlich-soziale Partei", die über 4 Mandate verfügt, während viele andere Magyaren noch mit den Deutschen zusammengingen.

Die Ruthenen haben ihre Vertretung in der Partei der „landwirtschaftlichen Ruthenen", die ein Mandat innehat.

Der „Polnische Verband" ist die politische Vertretung der Polen, die sich trotz der korrekten Beziehungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei keineswegs wohl im Staate fühlen.

Die Deutschen, die innerhalb des tschechoslowakischen Staates eine fast ganz kompakte Masse von $3^1/_2$ Millionen Menschen bilden, sind mehr als irgendeine der anderen Minderheiten und müssen daher mit Recht an dieser besonderen Stelle behandelt werden. Die Deutschen verfügen über fünf verschiedene Parteien, die unter sich zwar grosse Verschiedenheiten aufweisen, aber in der Vertretung, der Erhaltung und dem Schutze des Deutschtums gemeinsam, wenn auch in verschiedenen Graden vorgehen.

Die „deutsche Nationalpartei" (10 Mandate) stand bisher unter der Führung des Abgeordneten L. v. Lodgeman, der sich aber infolge des für seine Partei verhältnismässig ungünstigen Wahlausfalles einstweilen vom öffentlichen Leben zurückgezogen hat. Sie geht in ihrem nationalen Programm am weitesten und weigert sich, den tschechoslowakischen Staat anzuerkennen. Sie steht heute noch auf dem Standpunkt der Erklärung von 1920, der damals in der ersten Enttäuschung über die Einführung in den tschechoslowakischen Staat folgendermassen formuliert wurde:

„Durch den Friedensvertrag von St. Germain en Laye ist mitten in Europa ein Staat entstanden, welcher neben rund $6^1/_2$ Millionen Tschechen unter anderen auch fast 4 Millionen Deutsche umfasst. Vergebens waren unsere Vorstellungen, welche wir vor Beginn und während des Verlaufes der Friedensverhandlungen erhoben haben, vergebens war unser einmütiges Bestreben, das

Schicksal unseres Siedlungsgebietes selbst zu bestimmen, vergebens haben wir darauf hingewiesen, dass ein so gestalteter Staat nicht den 14 Punkten Wilsons, nicht den Begriffen der Demokratie entspräche, dass er niemals zur Ruhe käme und schon infolge seiner unglücklichen Zusammensetzung eine stete Bedrohung des europäischen Friedens bilden würde. Wir Vertreter des deutschen Volkes im tschechischen Staate stellen fest, dass die Bedingungen und Grundlagen, von welchen sich die verbündeten Mächte bei Verfassung der Friedensverträge leiten liessen, irrig waren, dass dieser Staat auf Kosten der geschichtlichen Wahrheiten entstanden ist und dass die entscheidenden Grossmächte über den wahren Sachverhalt getäuscht worden sind. – Die Tschechoslowakische Republik ist das Ergebnis eines einseitigen tschechischen Willensaktes und sie hat die deutschen Gebiete widerrechtlich mit Waffengewalt besetzt. Die deutschen Sudetenländer sind in der Tat um ihren Willen niemals befragt worden und das Ergebnis der Friedensverträge ist daher mit Beziehung auf sie die Sanktionierung eines Gewalt-, niemals aber eines Rechtszustandes. Selbst der karge Schutz, den die alliierten und assoziierten Hauptmächte dem deutschen Volke zugedacht haben, ist durch das gewalttätige Vorgehen der tschechoslowakischen Revolutionsversammlung zunichte gemacht worden. Die gesamte tschechoslowakische Gesetzgebung, einschliesslich der oktroyierten Verfassung, stellt eine offenkundige Verletzung des Minderheitenschutzvertrages dar. Wir erklären daher feierlich, dass wir keines dieser Gesetze als für uns verbindlich anerkennen (!). Für uns Deutsche, die wir an keiner Abmachung über die Errichtung dieses Staates Anteil hatten, sind seine Staats- und Regierungsform, sein Verhältnis zu uns und der Nationen zueinander, die staatsgrundgesetzlichen Rechte und Freiheiten seiner Bewohner und seine Stellung zu den übrigen Staaten Europas heute noch ungelöste Probleme und wir fordern, dass sie einzig und allein vom Gesichtspunkte wahrer Demokratie und ungehinderter nationaler Freiheit gelöst werden. Wir verwerfen daher die Fabel vom rein tschechischen Staate, von der tschechoslowakischen Nation und von der tschechoslowakischen Sprache als mit den Tatsachen handgreiflich im Widerspruche stehend, wir werden niemals die Tschechen als Herren anerkennen, niemals uns als Knechte in diesem Staate fügen. Unrecht kann auch durch tausendjährige Übung niemals

Recht werden, insolange es nicht von den Betroffenen selbst auf Grund freier Entschliessung anerkannt wurde und wir verkünden demnach feierlich, dass wir niemals aufhören werden, die Selbstbestimmung unseres Volkes zu fordern, dass wir dies als den obersten Grundsatz aller unserer Massnahmen und unseres Verhältnisses zu diesem Staate, den gegenwärtigen Zustand aber als unserer unwürdig und mit den Grundsätzen moderner Entwicklung unvereinbar betrachten."

Durchaus nicht weniger national, wenn auch realpolitischer eingestellt ist die „deutsch-christlich-soziale Volkspartei" mit 12 Mandaten. Auch sie ist, wie alle deutschen Parteien, vom grossdeutschen Gedanken durchtränkt, glaubt aber, solange eine Abtrennung von der Tschechoslowakei ausser der Wirklichkeit liegt, das zum Schutze und Vorteil des Deutschtums tun zu müssen, was sich eben erreichen lässt. Sie ist der Überzeugung, durch Mitarbeit am Staate mehr für den deutschen Gedanken tun zu können, als durch hemmungslose Ablehnung. Dass auch sie am Selbstbestimmungsrecht der Deutschen festhält, beweist die Erklärung ihres Führers im neuen Parlament, die zugleich auch im Namen der Landwirte, der deutschen Gewerbepartei und der deutschen Nationalsozialisten abgegeben wurde und inhaltlich das Festhalten am Selbstbestimmungsrecht und bei Anerkennung des Staates volle Gleichberechtigung in Sprache, Arbeitsplatz, Schule und Scholle bedeutete. Die Partei ist katholisch und von gutem sozialpolitischen Einschlag. Neben Spina wird sie geführt von Krepek und v. Medinger.

„Der Bund der Landwirte" steht nationalpolitisch auf gleichem Boden, wie die Christlich-Sozialen. Sie vertreten besonders das Bauernprogramm und sind fast durchweg christlich eingestellt; zu dieser Partei ist die deutsche Gewerbepartei gestossen, die nicht mehr selbständig blieb.

Die „national-sozialistische Partei" teilt ihren Standpunkt in nationaler Beziehung mit den Christlich-Sozialen und dem Bund der Landwirte.

Die „deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei", die stark verlor in ihrer Stärke bei der letzten Wahl, vertritt das bekannte Programm der zweiten Internationale. Nationalpolitisch haben sie keine eindeutigen Formulierungen aufgestellt. Mit den bürgerlichen Parteien in einem festen Block zusammenzuarbeiten lehnen sie ab, aber nah den Erklärungen ihrer Führer kann

wohl kein Zweifel bestehen, dass sie in allen wichtigen Fragen den deutschen Standpunkt unterstützen.

In Rumänien.

Durch die Angliederung der neuen Gebiete, wurde auch eine grosse Anzahl von Nichtrumänen dem rumänischen Staat einverleibt, die nun 29 v. H. der Bevölkerung Grossrumäniens ausmachen. Von den Minderheiten sind in politischer Hinsicht am besten die Deutschen organisiert und von diesen wieder die Siebenbürger Sachsen. — Die Siebenbürger Sachsen hatten zur Zeit der ungarischen Herrschaft eine ansehnliche Vertretung im ungarischen Reichstag und ihre Abgeordneten waren dort meist die einzigen deutschen Abgeordneten. Diese Vertretung war ihnen hauptsächlich nur infolge ihrer Zusammenarbeit mit der jeweiligen ungarischen Regierungspartei möglich. Unter den Banater Schwaben war es zu einer deutschen politischen Bewegung erst 1906 gekommen. Die Führer der ungarländischen deutschen Volkspartei: Steinacker, Heegn und Kremling hatten schwierige Arbeit zu leisten, um unter den Schwaben Anhang zu gewinnen, denn das schwäbische Volk war national sehr gleichgültig und stand zumeist im Lager der Achtundvierziger Partei, der Kossuthisten. In der Bukowina standen im Lager der Deutschen die deutsch-fortschrittliche Partei, die deutschen Agrarier, die Christlich-Sozialen und die deutschen Sozialdemokraten einander gegenüber. Unter den Bessarabien-Deutschen hat eine politische Bewegung zur Zeit der russischen Herrschaft nicht bestanden.

Der Anschluss dieser verschiedenen Gebiete an Grossrumänien stellte die Deutschen vor die Aufgabe, sich geistig neu einzustellen. Sie traten in enge Beziehungen zu einander und es wurde zwischen ihnen eine Einheitsfront hergestellt. Der allgemeine Volkstag der Sachsen in Schässburg vom November 1919 nahm ein neues Volksprogramm an und beschloss eine Neuorganisation. Auf Grund dieser Beschlüsse werden die politischen Richtsätze von dem Sachsentag festgelegt, der bloss bei geschichtlich notwendigen Entscheidungen zusammentritt und zu der jede sächsische Gemeinde von mehr als 200 Seelen einen Vertreter entsendet; grössere Gemeinden entsenden eine entsprechend grössere Vertreterzahl. Die politische Organisation ist folgendermassen aufgebaut: aus den Ortsausschüssen

werden Kreisausschüsse (im ganzen 16) und von diesen wieder der deutsch-siebenbürgische Volksrat gebieldet, der die höchste politische Vertretung der Sachsen darstellt und dessen laufende Geschäfte von einem Vollzugsausschuss geleitet werden. – Im Banat vereinigte sich die aus der ungarländisch-deutschen Volkspartei entstandene deutsch-schwäbische Volkspartei mit der Schwäbischen Autonomiepartei, die von den früher zu der Achtundvierziger Partei gehörigen schwäbischen Führern, die zum deutschen Volksbewusstsein zurückgekehrt sind, gegründet worden war. Ebenso vereinigten sich die deutschen, nichtsozialistischen Parteien der Bukowina zu einer einheitlichen Partei. In Bessarabien wurde eine deutsche politische Organisation geschaffen.

Das deutsche Volksprogramm, das zuerst im September 1919 in Temesvar zustandekam, umfasst folgende Hauptpunkte: Die Deutschen Grossrumäniens sind als eine Nation mit Besteuerungsrecht zu organisieren, der die Verwirklichung der kulturellen, nationalen und wirtschaftlichen Aufgaben obliegt. Die Zugehörigkeit zur Deutschen Nation in Grossrumänien wird durch Eintragung in einen Nationalkataster festgelegt. Die Verwaltungsgebiete sind national abzugrenzen, es hat für weitgehende Selbstverwaltung Sorge getragen zu werden. Die Kirchen sind einander rechtlich gleich zu stellen. Die Frauen sind zur Mitarbeit am politischen Leben und an der Verwaltungstätigkeit heranzuziehen. Solange es nicht möglich ist, die deutsche Nation in Rumänien rechtlich festzulegen, das heisst die kulturelle Autonomie zu erwirken, schliessen sich die Deutschen Grossrumäniens zu einem „Verband der Deutschen in Grossrumänien", also in der Form eines Vereines, zusammen. Der im Jahre 1919 gegründete Verband wird nach den einzelnen deutschen Siedlungsgebieten in Gaue untergeteilt, deren oberste Vertretung der Volksrat ist. So besteht für Siebenbürgen der siebenbürgisch-deutsche Volksrat in Hermannstadt, für das Banat, das Arader und Satmarer Gebiet der deutsch-schwäbische Volksrat in Temesvar, in Czernowitz der Deutsche Volksrat für die Bukowina und in Tarutino der Deutsche Volksrat für Bessarabien. Die nichtpolitische Volksorganisation der Deutschen des Banats, des Arader und Satmarer Gebiets ist die Deutsch-Schwäbische Volksgemeinschaft, neben welcher noch der unbedeutende Deutsch-Schwäbische Kulturverband besteht.

Die Deutschen des Buchenlandes (Bukowina) sind, wenn auch politisch geeinigt, in kultureller Hinsicht in zwei Lager gespalten, die durch den Verein der christlichen Deutschen in der Bukowina und den Katholisch-deutschen Volksbund dargestellt werden. Neben diesen politischen und kulturellen Verbänden besteht eine grössere Anzahl Spitzenvereine für die einzelnen Gebiete, so der Siebenbürgisch-sächsische Landwirtschaftsverein, der Schwäbische Landwirtschaftsverein, der Verband der Schwäbischen Geldinstitute und der Verband der schwäbischen Raiffeisengenossenschaften in Temesvar, der Revisionsverband siebenbürgisch-sächsischer Geldinstitute und der Ve band Raiffeisenscher Genossenschaften in Hermannstadt, der Verband der Landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Bukowina, der Verband der deutschen Konsume und Genossenschaften in Bessarabien, die Lehrerverbände, Hochschülerverbände u. a. Für die Deutschen evangelischen Bekenntnisses bildet die Evangelische Landeskirche A. B. in Siebenbürgen, der auch die deutschen Protestanten des Banats, des Altreichs, der Bukowina und Bessarabiens angehören, auch in nationaler Hinsicht ein einigendes Band.

Die deutschen Abgeordneten und Senatoren traten zuerst zu einer deutsch-parlamentarischen Gruppe zusammen. 1921 wurde eine einheitliche Deutsche Parlamentspartei für Rumänien gegründet. Die führenden Politiker der deutschen Minderheit sind: Rudolf Brandsch, der Obmann des Verbandes der Deutschen in Grossrumänien, Hans Otto Roth, der Obmann der Deutschen Parlamentspartei, beide Siebenbürger Sachsen; von den Führern der Banater Deutschen ragen der Abgeordnete Franz Kräuter und der Senator Karl Möller hervor, ferner der Obmann der Volksgemeinschaft, Dr. Kaspar Muth und der Präsident des Schwäbischen Landwirtschaftsvereins, Prälat Franz Blaskovics. Führer der Bukowinaer Deutschen sind der ehem. Abgeordnete Kohlruss, Stadtrat Kipper und die Professoren Spiegel und Lebouton, die der Deutschen Bessarabiens Christian Kalmbach, Oberpastor Daniel Haase, Wilhelm Mutschall und Peter Mutschler. In wirtschaftlichen Fragen sind die Vertreter der deutschen Forderungen im Parlament der Abgeordnete Fritz Konnnerth, Direktor des Siebenbürgisch-sächsischen Landwirtschaftsvereines und der Senator Arthur Polonyi. Das wirtschaftliche Programm der Deutschen Parlamentspartei ist kein fest

umrissenes, da diese Partei in erster Linie kulturelle Belange einer wirtschaftlichen nicht ganz einheitlichen Minderheit zu vertreten hat. In wirtschaftlichen Fragen sind die deutschen Vertreter bisher immer gegen ein zu starkes Einmischen des Staates in wirtschaftliche Angelegenheiten, für eine Befreiung des Handels im Innern und Aussen von den Fesseln der Reglementierungen und Zollschranken, für die Beteiligung ausländischen Kapitals an der Wirtschaft des Landes, gegen die ungerechte Durchführung der Agrarreform und vor allem für die Hebung der Landwirtschaft eingetreten.

Die Juden verfolgen eine streng nationale Politik vor allem in Bessarabien, während sie im Altreich infolge ihrer bisherigen politischen Rechtlosigkeit zu keiner politischen Betätigung kommen konnten. In Bessarabien wurde eine jüdische Partei auf orthodoxer Grundlage geschaffen (Agudas Isroel). Im Altreich bestand keine jüdische Partei, der Kampf um die politischen Rechte der Juden wurde von dem „Allgemeinen Verband der eingeborenen Israeliten Rumäniens" geführt. Unter den Juden der Bukowina hat sich der nationale Gedanke seit langem durchgesetzt, während die Juden Siebenbürgens und des Banats magyarisch eingestellt sind. In der Bukowina bestanden in der österreichischen Zeit zwei jüdische nationale Parteien, die Jüdische Nationalpartei und die Jüdische Volkspartei, die heutigen Zionisten. Auf marxistischer Grundlage steht der Verband Poale Zion, der in der Bukowina eine Anhängerschaft besitzt und in einem Gegensatz zu den bürgerlichen Jüdisch-Nationalen steht. In sprachlicher Hinsicht betont der Poale Zion das Jiddische (Abart des Deutschen), während die Jüdisch-Nationalen die Einführung des Hebräischen fördern. — Der Führer der bessarabischen Juden ist der Rabbiner Zirlsohn, der der Bukowinaer Juden Dr. Benno Straucher, ehemaliger österreichischer Reichstagsabgeordneter, der der jüdischen Sozialisten Dr. Jakob Pistiner, der der Bukowinaer Zionisten Dr. Mayer Ebner.

Was die Stellung der magyarischen Minderheit zum rumänischen Staate betrifft, lassen sich zwei Etappen unterscheiden: die erste dauerte von der Besetzung Siebenbürgens durch rumänische Truppen bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages von Trianon durch Ungarn, die zweite beginnt in jenem Augenblick. Während des ersten Zeitabschnittes haben die Magyaren,

die noch am 22. November 1918 in ihrer Nationalversammlung zu Klausenburg den Verbleib Siebenbürgens bei Ungarn beschlossen hatten, vollkommene Untätigkeit geübt und soweit möglich passiven Widerstand geleistet. Sie haben sich auch nicht an den Wahlen von 1920 beteiligt. Nach der Unterzeichnung des Trianoner Vertrages nehmen die Magyaren eine andere Stellung gegenüber dem rumänischen Staate ein. Die eine Richtung war für eine Beteiligung am politischen Leben und schuf die sogenannte „Magyarische Volkspartei" und umfasste die mehr links gerichteten, demokratischen Kreise, während die andere, konservative Richtung ein Fernhalten vom parlamentarischen Leben wünschte und das Hauptgewicht auf die kulturelle und wirtschaftliche Organisierung der magyarischen Minderheit legte. Diese Richtung gründete den „Magyarischen Bund" (Magyar Szövetség) im Jahre 1921, dessen Tätigkeit jedoch mangels Bewilligung der Regierung eingestellt werden musste. Die Mitglieder des Bundes riefen nun die Magyarische Nationalpartei ins Leben. Beide Parteien nahmen an den Wahlen von 1922 teil. Im Dezember 1922 entstand durch Zusammenschluss der beiden Parteien die Magyarische Partei, deren Präsidentenschaft Baron Samuel Josika bis zu seinem Tode 1923 führte. Auf der Kronstädter Hauptversammlung der Partei im Dezember 1924 wurde Stefan Ugron zum Präsidenten gewählt. Neben ihm spielen in der Partei noch Graf Georg Bethlen, Dr. Elemér Jakabffy, die Abgeordneten József Sándor und Georg Bernády, sowie Dr. Elemér Gyárfás eine Rolle. – Die magyarische Partei ist ebenso wie die deutsche Parlamentspartei eine völkische, alle Klassen umfassende Partei. Unter den Magyaren sind jedoch die Klassenunterschiede viel grösser als unter den Deutschen. Der Mittelstand ist bei den Magyaren Siebenbürgens nicht so stark entwickelt wie bei den Deutschen und daher ist die Brücke, die von den magyarischen Grundbesitzern und Adeligen zu den kleinen Landwirten führt viel zu schwach. So stehen in der Magyarischen Partei aristokratische und demokratische Strömungen einander gegenüber. Die Magyarische Partei verficht in erster Linie Forderungen zum Schutze und zur Erhaltung der magyarischen Minderheit; besonderes Augenmerk lenkt sie auf die Erhaltung des magyarischen Schulwesens, auf eine gerechte Durchführung der Agrarreform und der Bodenverteilung ohne Rücksicht auf die Nationalität, auf die Beteiligung des Judentums an der

magyarischen politischen Parteibewegung, auf die Bekämpfung der Auswanderung unter den Magyaren und auf die Einrichtung einer weitgehenden Selbstverwaltung. – Neben der politischen Partei besteht seit der Auflösung des Magyarischen Bundes keine eigene Volksorganisation. In wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht haben die Siebenbürgische landwirtschaftliche Gesellschaft und der siebenbürgisch-katholische Volksbund eine erhebliche Bedeutung.

Bei den übrigen nationalen Minderheiten sind die parteipolitischen Bestrebungen noch in den Anfängen, so bei den Serben des Banats, oder durch die allgemeine politische Lage, durch die andauernde Verhängung des Ausnahmezustandes in den Grenzgebieten unmöglich gemacht, so bei den Ukrainern und Russen in Bessarabien.

Es sind nur 12 Abgeordnete und 6 Senatoren, die ausdrücklich als Vertreter der Minderheiten gewählt worden sind, wozu noch ein als „Unabhängiger" gewählter Magyare hinzukommt. Es sind wohl auf der Liste der Regierungspartei 3 jüdische Abgeordnete und 2 Senatoren, ein bessarabischer Deutscher, Ukrainer, Türken u. a. gewählt worden, doch sind diese Parlamentarier an die Parteibeschlüsse gebunden und können daher in Minderheitenfragen nicht von diesen Beschlüssen abweichen. Die politische Vertretung der Minderheiten ist folgende

	Tatsächliche pol. Vertretung	
Magyaren	3 Abg.,	3 Senatoren
Juden	1 „	– „
Deutsche	9 „	3 „
Ukrainer	– „	– „
Bulgaren	– „	– „
Türken und Tataren	– „	– „
Andere	– „	– „
	13 Abg.,	6 Senatoren

	Auf Grund des Anteils an der Gesamtbevölkerung sollten entfallen	
Magyaren	34 Abg.,	16 Senatoren
Juden	20 „	9 „
Deutsche	17 „	8 „
Ukrainer	14 „	6 „
Bulgaren	8 „	3 „
Türken und Tataren	8 „	3 „
Andere	6 „	3 „
	107 Abg.,	48 Senatoren

Keine der Minderheiten hat jene politische Vertretung, die ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechen würde. Die Deutschen sind noch in der günstigsten Lage, da sie über die beste politische Organisation verfügen. Nachteilig für sie und in noch höherem Masse für die Juden ist die zerstreute Siedlungsweise, da sie auf diese Weise bei der Einteilung der Wahlkreise schlecht davonkommen. Bei den Ukrainern, Russen und Bulgaren ist weniger eine nationale, als eine soziale, radikale Einstellung zu verzeichnen, so dass sie in der Mehrzahl für die Bauernparteien gestimmt haben dürften. Die Magyaren haben ihre ungünstige parlamentarische Vertretung zum grössten Teil ihrer Wahlenthaltung zuzuschreiben, die sie befolgten, nachdem von den Wahlkommissionen von 33 magyarischen Bewerbern 28 wegen irgendeines „Formfehlers" zurückgewiesen worden sind.

Von den 9 Abgeordneten der deutschen Parlamentspartei sind 6 Siebenbürger Sachsen und 3 Banater Deutsche, von den 3 Senatoren 2 Siebenbürger Sachsen und ein Banater Deutscher. Von den siebenbürgisch-sächsischen Abgeordneten wurden R. Brandsch in Hermannstadt, Arthur Konnerth in Bistritz, Hedrich in Baassen, Binder in Mediasch, Roth in Schässburg und Fritz Connerth in Zeiden gewählt, von den drei Banater deutschen Abgeordneten Kräuter in Billed, Reitter in Modosch und der inzwischen aus der deutschen Parlamentspartei ausgeschlossene Abg. Kausch in Neuarad. Die deutschen Senatoren gingen aus den Wahlkreisen Kronstadt (Senator Polonyi), Schässburg (Senator Adolf Schullerus) und Neuarad (Senator Möller) hervor. Der Abgeordnete der Bessarabien-Deutschen, Mutschler, der im Akkermaner Wahlkreis gewählt wurde, gehört nicht der deutschen Parlamentspartei, sondern der nationalliberalen Partei an. Der deutsche Bewerber für Czernovitz ist bei den Wahlen nicht durchgedrungen.

Von den magyarischen Abgeordneten wurden Josef Sándor im Oderhellener Wahlkreis und Georg Bernády im Maroschtordaer Wahlkreis gewählt. Als dritter magyarischer Abgeordneter zog Tibor Zima nach einer Ersatzwahl im Wahlkreis Arad-Stadt ins Parlament ein. Die drei Senatoren gingen aus den Wahlen in den szeklerischen Komitaten hervor.

Von den Juden wurde auf einer eigenen jüdisch-nationalen Liste in Kischinew der Rabbiner Zirlsohn gewählt. Der Vertreter der Czernovitzer Jüdisch-Nationalen, Dr. Benno Straucher, der Senator von Czernovitz, Dr. Weisselberger, sowie drei jüdische Abgeordnete und ein Senator des Altreichs wurden auf der Liste der Regierungspartei gewählt. Der Abgeordnete der jüdischen Arbeiter, Dr. Jakob Pistiner, ist als Wahlwerber der sozialdemokratischen Partei auch mit den Stimmen nichtjüdischer Wähler in Czernowitz durchgedrungen.

Caracterul averilor bisericii catolice

De **Ludovic Brösztel.** (Oradea-Mare.)

Caracterul averilor bisericii catolice este o chestie de istorie de drept. Expunerea ei o pretinde fraza aruncată din nou în viața publică, care amintește mereu originea de stat a bunurilor bisericești.

E noroc, că la judecarea faptelor de drept istoric, nu frazele, ci datele istorice sunt decizătoare și că trecutul nu se poate schimba după placul nimănui. Aceste date istorice anume dovedesc incontestabil, că a declara bunurile bisericești de proveniență de stat, prin urmare de bunuri cari se pot și sechestra de către stat, este cea mai mare greșală de drept-istorie, care poate obveni în rândurile greșelilor.

La expunerea naturii juridice a averilor bisericești ar duce prea departe dacă s'ar expune cu amănuntul desvoltarea lor și diferitele titluri de drept, cum sunt: cumpărările, donațiunile private, schimburi etc. Dar nici nu e nevoe; e deajuns a cunoaște înființarea averii bisericești sub Regele Ștefan cel Sfânt; donațiunile lui erau prima avere, care constitue și astăzi baza substanțială a averilor bisericești.

Din ce avere a făcut Ștefan cel Sfânt donatiunile bisericii, din ce a înființat episcopiile?

Acest fapt trebue să-l căutăm la istorici pragmatici. Katona [1] vorbind despre averea episcopiilor și abațiilor înființate de Ștefan cel Sfânt, întreabă: de unde avuse Ștefan cel Sfânt chieltuielile și pământul necesar. Și răspunde: partea cea mai mare a Ungariei era averea lui, deci din ea putut dona *fără știrbirea drepturilor altora.*

După istoriograful Ladislau Szalay [2]: Ștefan a donat bisericei bunuri, din ale a lui și din prada de război după învingerea lui Koppány, Gyula, Keán și Othum.

După Lányi—Knauz [3] fondul, din care s'au creiat bunurile

[1] Katona: Hist. Crit. Reg. Hung. 1779. I. pag. 117.
Despre bunurile lui Árpád scrie dr. Ioan Karácsonyi în opul comemorativ: Csánky: Árpád és az Árpádok. 1908. p. 137.

[2] Szalay: Istoria Ungariei. 1852. I. p. 107.

[3] Lányi—Knauz: Magyar Egyháztörténelem. 1886. I. p. 107. (Istoria bisericei maghiare.)
D. Ö. Dr. Karácsonyi: Sz. István király élete. 1904. p. 29. (Viața regelui Ștefan cel Sfânt.)

bisericești, a fost cuprins în moștenirea familiei domnitoare maghiare.

Iuliu Pauler[1] astfel expune lucrurile cu amănuntul: Ștefan a ales de reședința primatului comuna Esztergom, deci reședința *domnitorului lumesc*. La sudost dela Esztergom, într'o regiune de mocirle între Dunărea și Tisa, asemenea pe moșia familiară a casei domnitoare Árpád, era Kalocsa; și aci a proiectat o episcopie ... în ținutul episcopiei de Veszprém erau moșiile cele mai însemnate ale casei domnitoare Árpád și pentru aceasta a devenit aceasta oarecumva episcopia de casă a familiei regale.

După Porubszky[2]: partea cea mai mare a Ungariei era posesiunea casei domnitoare Árpád. Din aceasta făcând donațiuni bisericei Ștefan cel Sfânt și urmașii lui, averea acestora e de caracter privat și nu donațiuni venite dela stat, ca și averea nobililor privați, acăror antecesori au primit moșiile drept donațiune *din averea privată* a regilor din casa domnitoare Árpád.

Iata izvorul din care și-a luat originea averea bisericei noastre catolice: *bunurile private ale casei domnitoare Árpád.* Din aceste a fondat Ștefan cel Sfânt episcopiile precum după el, de exemplu, prințul Álmos din averea lui familiară a fondat prepozitura din Dömös, regele Géza I. abația din Garamszentbenedek și a. m. d. Din averea statului aceastea nu s'au putut înființa din simplul motiv, fiindcă atunci nu existau încă bunuri de stat.

Spre a înțelege starea faptică, trebue să ne gândim la situația secolilor X și XI, pe cât de caracteristică, atât de diferită de cea de azi. Poporul maghiar nomad a ocupat teritorul, natural nu în stare cultivată, ci așa cum a fost lăsat de popoarele vagabonde, găsând numai păduri strevechi, câmpii și mocirle. Aci și-a construit corturile, ocupându-se cu vânătoare, pescuit și cu aventuri de război.

Teritorul ocupat s'a împărțit între domnitor și familii așa că, *conform documentelor*, pământul întreg era al casei domnitoare Árpád și alor 108 familii. A vorbi despre o organizație de stat sau de bunuri de stat în acele timpuri ar fi a strămuta actuală situație de drept avansată în acele timpuri străvechi și primitive.

[1] Iuliu Pauler: A magyar nemzet története az Árpádházi királyok alatt. 1893. I. p. 40 și 53. (Istoria națiunea maghiare sub regile din casa domnitoară Árpád.

[2] Porubszky: A magyarországi kath. püspökségek, káptalanok, plébániák, zárdák javainak jogi jellege és alanya. 1871. p. 21. (Caracterul de drept și subiectul bunurilor episcopatelor, capaților, parochiilor și mănăstirilor.)

Statul, ca o unitate separată de totalitate, ca un organizm, care lucrează în interesul totalităţii — zice Timon[1] — n'a existat în concepţia popoarelor din evul mediu. Dar nici regele nu s'a considerat, ca fiind ceeace e azi. In timpul vieţei de stat atât de primitive — zice mai departe Timon — nu s'a considerat puterea regală moştenită de putere publică care se bazează pe dreptul public universal, exercitată de rege în interesul tuturora şi cu care s'a investat regele în interesul totalităţii, ci mai mult de o putere personală a regelui, de putere privată.

Era deci o viaţă de drept cu totul alta, decât azi; altă situaţie, alte instituţiuni, alţi oameni. In conformitate cu cele două feluri de averi private — averea casei regale şi a familiilor — erau două feluri de armate: regale şi familiare. Puterea regelui a crescut sau a slăbit în măsura în care s'a schimbat averea lui; de aci a venit d. e. slăbirea autorităţii regelui Andrei II, care a luptat cu criză de bani şi a fost nevoit să distribue marea parte a bunurilor familiare, şi autoritatea lui Bela III, care a luat în căsătorie pe fica regelui francez, dispunând de considerabilă avere privată.

Fiind donate bunurile bisericeşti din *averea privată familiară* a casei Árpád, acele în nici un caz nu se pot numi de bunuri originare dela stat. Pentru aceasta a putut să pronunţe Ştefan cel Sfânt în legile sale: bunurile bisericilor stau sub scutul regelui, tocmai ca şi celelalte, cari se ţin de averea lui moştenită; pentru aceasta documentul de Tihany numeşte teritoriile donate mănăstirei de „lunci regale", „păduri regale".[2]

Convingerea bazată pe actul de fondaţiune a mănăstirii călugăriţelor din Valea Veszprém, a doctorului Karácsonyi, specialist al acestor timpuri, este că primii regi nu au donat bisericilor imobile (având acele pe atunci valoare mică), ci numai iobagi şi împreună cu aceştia, ca adaus, s'a dat pământul. Tot aceasta o dovedeşte şi istoriograful Dr. Ladislau Erdélyi. Mai târziu, începând dela secolul XII, biserica însaşi a mai câştigat bunuri, estfel că jumătate din bunurile bisericeşti nu e donaţiune şi bunuri câştigate.

Astfel stând chestia conform dovezilor istorice, Acsády şi

[1] Timon: Magyar alkotmány és jogtörténet. 1903. p. 106—107. (Istoria constituţiei şi dreptului maghiar.)

[2] Marczali: A magyar történet kutfői. 1902. p. 64, 77 şi 82. (Izvoarele istoriei maghiare.)

Kossutányi au afirmat ceva, ce nu corespunde adevărului, când au zis despre episcopiile din epoca Sf. Ștefan că: baza materială, averea imobilă a dat-o regele, care din imensele bunuri de stat a donat foarte mult bisericei.

Pe timpul acela n'a existat avere de stat, nici „bunuri imense de stat"; așa ceva numai mai târziu, prin desvoltarea principiului coroanei sfinte, la sfârșitul epocei regilor din casa domnitoare Anjou începe a obveni.

Ce anachronisme: stat, necesități publice de stat, bunuri de stat în timpul casei domnitoare Árpád, la un popor de pescari și vânători!

Așa nu se poate dovedi originea de stat a bunurilor noastre bisericești.

Antoniu Günther, în monografia sa clasică[1] la timpul său a arătat cu amănuntul, că în totală necunoștință a desvoltării dreptului de proprietate, pentru judecarea felului averilor noastre s'au aplicat teorii de drept germane, cu totul străine. Iar' aceasta e o grașală mare. Dreptul de proprietate german s'a desvoltat în baza dreptului feudal, la noi nu; pe când acolo averea se dădea numai în uzufruct subvazalilor și putea fi reluată, la noi baza de drept a proprietății ducelui și familiilor era ocupațiunea, deci era o avere particulară adevărată și de care nu se putea atinge niminea.

Ceeace biserica a primit pe atunci din averea particulară a casei domnitoare, a avut caracter de avere de „sălaș", deci constituia o avere irevocabilă, care nu se putea relua nici chiar de către rege și nu s'a putut folosi pentru alte scopuri. Cnracterul aceasta al averei noastre bisericești s'a remarcat în toate legile vechi și este exprimat și în Tripartitum.

Situația de drept a catolicilor este deci lămurită și nu se poate întuneca prin fraze și teorii juridice false. Bunurile noastre nu obvin, nu sunt avere originară dela stat, ci s'au donat *din averile particulare a casei domnitoare* și au crescut prin câștiguri ulterioare, tocmai așa, ca și *averea particulară* câștigată pe titlu drept, a oricărui particular. E avere, de care a avut mai mare folos sute de ani, cultura.

În numele științei protestăm deci în contra falșificării evoluției de drept și în contra răspândirii frazelor false, cari sunt în contrazicere cu cunoștințele istorice desvoltate de azi. Noi catolicii respectăm averea altora, să respecteze deci și a noastră.

[1] Günther: Die kath. Autonomie in Ungarn. 1901. Mainz.

RÉSUMÉ MENSUEL DES TRAVAUX DE LA SOCIÉTÉ DES NATIONS.

Protection des Minorités.

Janvier—Mars 1926.

1. Minorités en Haute-Silésie.

Le Conseil s'est occupé, dans sa séance du 17 mars, de deux pétitions qui lui avaient été adressées conformément à la convention entre l'Allemagne et la Pologne concernant la Haute-Silésie, conclue à Genève le 15 mai 1922: l'une par le Comité de direction de l'Union des Polonais en Allemagne, l'autre par M. Karl Michalik.

1° *Pétition de l'Union des Polonais en Allemagne.* — Le Comité de direction de l'Union des Polonais en Allemagne avait adressé le 26 mai 1925 au Conseil une pétition datée d'Oppeln, et relative au paiement d'indemnités en Haute-Silésie par le Gouvernement allemand. Le Gouvernement du Reich, à qui cette pétition avait été communiquée, a fait parvenir ses observations le 21 novembre 1925.

Le Conseil a chargé son rapporteur, M. de Mello Franco (Brésil), d'examiner cette affaire avec les représentants de l'Espagne et de la Suède.

2° *Pétition présentée par M. Karl Michalik.* — Cette pétition est un appel de la solution donnée par les autorités administratives de la Haute-Silésie allemande à une demande introduite par M. Karl Michalik pour obtenir une indemnité et l'assignation d'un domicile dans son ancienne résidence.

Sur le rapport de M. de Mello Franco, le Conseil a décidé de ne pas se prononcer maintenant sur la question préalable de la nationalité de M. Karl Michalik, ni sur la question de fond et il a chargé le secrétaire général d'attirer l'attention du pétitionnaire sur certains articles de la convention germano-polonaise qui fixe la procédure régulière pour la solution de problèmes de nationalité.

2. Musulmans d'origine albanaise en Grèce.

Le Conseil s'est occupé, dans sa séance du 16 mars, des Musulmans d'origine albanaise en Grèce et notamment de la situation des Albanais habitant la région de la Tchaméria.

Saisi de cette question au cours de sa précédente session, le Conseil, après avoir entendu les parties intéressées, ainsi que le général de Lara, président de la Commission mixte pour l'échange des populations grecques et turques, et mandataire

du Conseil pour la protection de la minorité albanaise en Grèce avait décidé de communiquer le procès-verbal de sa séance aux autres membres neutres de la Commission et au Gouvernement hellénique.

En réponse à cette communication, les mandataires ont fait savoir qu'ils se ralliaient entièrement aux déclarations faites devant le Conseil par le général de Lara.

Ils ont en outre envoyé au Conseil un rapport dans lequel ils estiment dès maintenant, sur la base des observations faites sur place ainsi que des informations recueillies, que la population musulmane de la Tchaméria est d'origine albanaise et par conséquent non échangeable, à quelques exceptions près.

De son côté, le Gouvernement hellénique a fait savoir qu'il considérait que l'échange était actuellement terminé dans la Tchaméria et qu'il ne demanderait pas le départ des 800 personnes qui avaient fait en décembre dernier l'objet d'un débat au Conseil. Il a fait savoir également que la population non échangée jouirait en droit et en fait du même traitement que les autres citoyens helléniques. Il a ajouté que toutes les mesures exceptionnelles que le Gouvernement hellénique avait pu prendre seraient levées.

Le Conseil a exprimé sa satisfaction pour la décision prise par le Gouvernement hellénique.

3. Échange des populations grecques et turques.

Dans sa séance du 18 mars, le Conseil a procédé à la nomination d'un membre de la Commission mixte pour l'échange des populations grecques et turques en remplacement de M. Ekstrand (Suédois), nommé ministre plénipotentaire de Suède auprès des Gouvernements de la République Argentine, du Chili, du Paraguay et de l'Uruguay.

Il a désigné pour lui succéder, M. Hans Holstad (Norvégien).

STATISTISCHE MITTEILUNGEN.

Die Magyaren in Rumänien.

Von **Karl Braunias.** (Wien.)

Die Magyaren in Grossrumänien bewohnen hauptsächlich die früher zu Ungarn gehörenden Teile des Reiches (Siebenbürgen, Banat und siebenbürgisches Vorland), in geringerer Anzahl das Altreich und die Bukowina; in Bessarabien sind sie nicht vertreten.

Das Magyarentum in Siebenbürgen, Vorland und im Banat bewohnt drei Siedlungsgruppen: die magyarischen Randgebiete

an der Westgrenze Rumäniens, die einen Teil des geschlossenen magyarischen Sprach- und Siedlungsgebietes bilden, den Széklerboden, eine grosse Inselsiedlung, die fast ganz von Rumänen umgeben ist, und die zerstreuten Inselsiedelungen, die sehr zahlreich sind.

Die Aufteilung des Magyarentums auf diese einzelnen Gruppen ist (auf Grund der Zählung von 1920) folgende:

	Magyaren	hievon in Städten über 10.000 Einwohner	
1. Westgrenze	316.919	142.463	(45%)
2. Szeklerboden	502.477	57.313	(11%)
3. Zerstreuung (Insein)	486.357	127.786	(26%)
	1,305.753	327.562	(25%)

Das magyarische Randgebiet an der Westgrenze umfasst Teile der Komitate Satmar, Szilágy, Bihar und Arad mit den Städten Satmar, Grosskarol (Nagykároly—Careii Mari), Grosswardein, Grossalonta (Nagyszalonta—Salonta-mare) und Arad. Die magyarische Bevölkerung dieses Gebietes beträgt 316.919, d. i. 24% des gesamten Magyarentums in Siebenbürgen, Vorland und Banat.

Das Szeklerland umfasst die fast rein magyarischen Komitate Oderhellen, Csik und Dreistühle, ferner Teile der Komitate Marosch-Torda, Kronstadt und Kleinkokel. Grössere Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern mit magyarischer Mehrheit sind Neumarkt a. M. (Marosvásárhely—Târgu-Mureş), Oderhellen (Udvarhely—Odorhei), Sepsi-Szent-György (Sf. Gheorghe) und Kronstadt. Von dem Gesamtmagyarentum Siebenbürgens usw., wohnen 38 Prozent im Szeklerland.

Die dritte Gruppe, das Inselmagyarentum, besteht aus einer Anzahl kleinerer Siedlungsgruppen, deren bedeutendste die Klausenburger ist. Dieser Gruppe gehören die magyarischen Teile der Komitate Klausenburg, Torda-Aranyos und Szolnok-Doboka, sowie der Nordteil von Unterweissenburg an. 187.178 Magyaren wohnen in dieser Gruppe, hievon 56.684 in den Städten Klausenburg, Torenburg (Torda) und Deesch (sämtliche mit magyarischer Mehrheit). Die zweitstärkste Gruppe ist die Banater Gruppe, die aus sehr zerstreut liegenden magyarischen Landgemeinden und Stadtminderheiten besteht; sie zählt 88.155 Magyaren, hievon 30.420 als Ortsminderheit in Temesvár und Lugosch. Die Szilágyer Gruppe umfasst die Magyaren des Komitates Szilágy mit Ausnahme der des Tasnáder Bezirkes, die zum geschlossenen magyarischen Siedlungsgebiet gehören. Die Zahl der Magyaren in dieser Gruppe beträgt 56.252, eine Stadt mit über 10.000 Einwohnern gibt es hier nicht. Die Hunyader Gruppe setzt sich aus zwei Teilen zusammen: den nördlichen mit Deva, Piski (Simeria) und Broos, den südlichen mit den Schieltaler Kohlenorten. Von den 39.978 Magyaren dieser Gruppe wohnen 17.960 in Kohlen-

bergbauorten mit mehr als 10.000 Einwohnern (Petroscheni, Lupeni, Petrilla und Vulkan). In der Zerstreuung, ohne Verbindung mit grösseren Gruppen leben die Magyaren der restlichen Teile des Biharer und Arader Komitates, ferner die des Marmaroscher Komitates, in einer Zahl von 114.794, hievon 22.722 Stadtbewohner.

In der Bukowina siedelten sich die Magyaren unter Maria Theresia, nachdem das Land zu Österreich gekommen war, an. Ihre wichtigsten Orte sind Hadikfalva, Andrásfalva, Istensegits u. a. bei Radautz. Ihre Zahl betrug: 1890: 9.516, 1900: 8.139, 1910: 10.391; 1919 wurden sie nicht mehr gesondert ausgewiesen.

Die Magyaren des Altreichs gehören teils den schon im 14. Jahrhundert entstandenen Csángó-Siedlungen an, teils sind sie erst in der zweiten Häfte des 19. Jahrhunderts aus Siebenbürgen eingewandert. Die Csángó-Siedlungen umfassen eine grössere Anzahl Ortschaften in der Nähe von Bacau, ganz von rumänischen Siedlungen umgeben, und gehen auf kumanische Dörfer zurück, die Jahrhunderte hindurch durch Zuzüge aus dem Szeklerlande verstärkt wurden. Die Zahl der Csángós betrug 1899: 60.139. Noch grösser ist die Zahl der Magyaren, die Bukarest und andere Städte des Altreichs bewohnen und überall nur kleine Ortsminderheiten bilden.

In den ehemals ungarischen Gebieten wurden, wie erwähnt, 1,305.753 Magyaren ausgewiesen. Auf Grund der ungarischen Volkszählung von 1910 würden auf dieses Gebiet 1,661.110 Magyaren entfallen. Der Unterschied von 355.357 ist folgendermassen zu erklären: im Jahre 1910 wurde die Muttersprache erhoben, 1920 dagegen die Nationalität, wobei die Juden als besondere Nationalität gezählt wurden. Von den 182.294 Angehörigen der israelitischen Konfession hatten 1910: 142.221 magyarisch, 39.243 deutsch, 684 rumänisch und 146 eine andere Sprache als ihre Muttersprache angegeben. Die Anzahl der Magyaren im Jahre 1920 ist infolge der Sonderzählung der Juden um 142.221 geringer als 1910. Ferner wanderten infolge der veränderten politischen Lage von 1918 bis 1920: 154.276 Personen aus den zu Rumänien gekommenen Gebieten nach Ungarn aus, wohl ausschliesslich Magyaren. Auf diese Weise ist der Rückgang der Magyaren um 296.497 Köpfe von 1910 bis 1920 zu erklären. Es verbleibt demnach ein Minus von 58.860 gegenüber 1910, wovon 19.882 nach Jakabffy auf unrichtige Additionen zurückzuführen sind, während der Rest von 39.000 dem Umstand zuzuschreiben sein dürfte, dass magyarische Szekler griechisch-katholischer und griechisch-orientalischer Konfession von den rumänischen Zählorganen fälschlich als Rumänen gezählt wurden.